

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Gewerkschaften und Verfassungsfeier



Während in allen großen Städten Deutschlands ist in diesem Jahre die Verfassungsfeier stärker in den Vordergrund getreten als in den letzten Jahren. Während der jetzige rechtsgerichtete Reichstag sich noch immer nicht entschließen konnte, den 11. August zum allgemeinen Feiertag zu erheben, hat sich trotz alledem der Gedanke der Verfassungsfeier in ganz Deutschland durchgerungen. Aber die Beteiligung an der Feier nach Parteien ist nicht klar zu übersehen.

So viel steht fest, die rechtsgerichteten deutschnationalen Kreise bis weit hinein in die Reihen der Volkspartei stehen der Verfassungsfeier direkt feindlich gegenüber. Sie verbergen diese Feindschaft nur dann, wenn es gilt, den Sinn der Feier umzufälschen. Andererseits sehen auch weite Kreise der Arbeiterschaft in der Verfassungsfeier eine mehr oder minder bürgerliche Veranstaltung, an der sie sich nicht beteiligen wollen. Es hieße aber den Kopf in den Sand stecken, wenn nicht die Gewerkschaften zu der Frage der Verfassung und damit der Republik klar Stellung nehmen wollten. Indirekt haben sich ohne Zweifel in Deutschland hunderttausende von Arbeitern, sei es als Reichsbannerleute, sei es als einzelne an den öffentlichen Veranstaltungen, beteiligt, wenn sie auch der äußeren Veranstaltung der Feier in den seltensten Fällen den Stempel aufgedrückt haben. Charakteristisch für diese Art Feier war zum Beispiel die Veranstaltung in der Berliner Funkhalle, die vom Magistrat der Stadt Berlin angeregt (also offenkundig auch von den sozialistischen Mitgliedern des Magistrats befürwortet ist), die dann in Gemeinsamkeit mit der preußischen Staatsregierung und der deutschen Reichsregierung veranstaltet wurde. Diese Feier hat ohne Zweifel äußerlich einen überaus würdigen Verlauf genommen. Aber sie gibt uns auch Veranlassung, einmal ein kritisches Wort zu sagen, zu der Art, wie die Arbeiterschaft indirekt beteiligt ist und dadurch völlig in die passive Rolle gedrängt wird.

Wir sind der Meinung, die Arbeiterschaft ist heutzutage in ihren sozialistischen Parteien sowohl als in ihren Gewerkschaften stark genug, um fordern zu können, daß sie entweder auch positiv sich beteiligen kann oder, daß sie von diesen Feiern Abstand nimmt! Die Verfassungsfeier in der Berliner Funkhalle war in jedem Falle eine Halbheit trotz des äußerlich glanzvollen Gelingens der Feier. Schon das Programm zeigt eine sonderbare Mischung auf: Nach der Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters Dr. Böß und den wunderbaren Klängen der beiden Berliner Sinfonieorchester von etwa 150 Musikern, die das Vorspiel zu den Meisterliedern glanzvoll aufführten, kam die Festrede des preußischen Kultusministers Dr. Becker, die wir in Rücksicht auf ihre allgemeine politische Bedeutung weiter hinten im Auszuge wiedergeben. Dann aber kam der

Berliner Sängerbund mit seinem Psalm und sogar „Heimatsgebeten“ als eine überaus problematische Beigabe. Es folgte eine Ansprache des Reichskanzlers Dr. Marx, der seine neueste Rechtschwenkung (durch Austritt aus dem Reichsbanner) auch an dieser Stelle nicht verhehlen wollte, indem er davon sprach, daß der Wiederaufbau Deutschlands „zur Zeit“ nur innerhalb der gegenwärtigen Staatsform erfolgen könne. Dieser Ausspruch, der stark an den verflorenen Michaelis („wie ich es auffasse“) erinnert, war wirklich allerhand Zumutung an die mehr denn fünftausend Zuhörer, von denen sicher über ein Drittel aus den Kreisen der Berliner Arbeiterschaft stammte.

Nun meldet die Tagespresse zwar, daß zunächst eine Verständigung mit dem Berliner Arbeiterfängerbund getroffen war, welcher den gesanglichen Teil bestreiten sollte. Bei den Verhandlungen habe aber der Arbeiterfängerbund seine Beteiligung wieder zurückgezogen, weil die Mehrheit gegen eine gemeinsame Beteiligung gewesen sei. Die Herren, die das Programm zusammenstellten, müssen jedenfalls sehr schlecht beraten worden sein. Diese Angelegenheit und die Art der Programmgestaltung ist sicher als symptomatisch zu bewerten und fordert den entschiedensten Einspruch und Protest heraus. Wenn das nicht an Ort und Stelle geschehen ist, so sicher nur aus dem Grunde, weil die Berliner Arbeiterschaft glaubte, eine Taktlosigkeit nicht mit gleicher Münze heimzahlen zu sollen.

Wir möchten aber zunächst die Festrede des preußischen Kultusministers Dr. Becker folgen lassen, die man als den Kernpunkt der Feier und als eine durchaus demokratisch gesinnte Rede bezeichnen muß:

Kultusminister Dr. Becker: Als Reichspräsident Ebert am 11. August 1919 seinen Namen unter das kurz vorher abgeschlossene Verfassungswerk von Weimar setzte, begann damit eine neue Epoche deutscher Geschichte. Wenn das deutsche Volk diesen Tag als Tag ernster Selbstbesinnung und zugleich stolzer Festesfreude begeht, so tut es recht daran; denn die Weimarer Verfassung ist in der tausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes die erste Verfassung, die sich das deutsche Volk wirklich selbst gegeben hat. Was Hugo Preuß und Friedrich Ebert geleistet, wird nicht verkleinert, es wird nur vertieft, wenn man ihre Stellung zur Verfassung von Weimar nicht in Parallele setzt zu der Bismarcks, zur Verfassung von 1871. So unbequem es manchem erscheinen mag, das Werk von Weimar ist nicht das Werk eines einzelnen oder einer Partei, es ist die erste große staatsrechtliche Schöpfung der nach langem Harren endlich Wirklichkeit gewordenen deutschen Demokratie. Natürlich trägt es deshalb Kompromißcharakter, ja selbst an Widersprüchen fehlt es nicht, aber was bedeuten diese Schönheitsfehler gegenüber der monumentalen historischen Tatsache, daß hier in Deutschland die Staatsgewalt wirklich zum ersten Male vom Volke ausging, daß wir alle, die wir damals stimmberechtigt waren, mitverantwortlich sind an dem Neubau der Reichsverfassung. Ein Diktator hätte vielleicht etwas juristisch Klareeres, etwas stilistisch Vollkommeneres geschaffen, aber es wäre ein Schemen oder eine Zwangs-

Jacke geworden. Was eine nach so freiem Wahlrecht zusammengelebte Körperschaft wie die Nationalversammlung gerade unter dem Gegendruck und mit Berücksichtigung der Opposition schafft, ist wirklich der in Worte gefaßte Ausdruck des staatspolitischen und gesellschaftlichen Willens der Nation.

So feiern wir unsere Reichsverfassung heute an ihrem Geburtstage zuerst und zunächst als Ketterin aus schwerster Not. Es ist gar nicht auszudenken, was aus Deutschland geworden wäre, wenn wir uns nicht auf dem Boden einer allgemein anerkannten Verfassung zusammengefunden hätten. Als die Grundlagen der bisherigen Staatsautorität plötzlich zusammengebrochen und die legale Führung verschwunden war, gab es nur zwei Wege, um wieder einen neuen Rechtszustand zu schaffen: Die Aufzwingung des Willens eines einzelnen, einer Gruppe, einer Minderheit, oder die Feststellung des Willens der Mehrheit. Gegen die Aufzwingung eines Minderheitswillens wehrte sich unser nationaler Instinkt, und die herrschende sozialistische Minderheit, die alle Macht in Händen hatte, war — was nicht genug anerkannt werden kann — weitsichtig und klug genug, ihre fast unangreifbare Machtposition dem demokratischen Gedanken zu opfern. Wie ein Aufatmen ging es durch alle nichtsozialistischen Schichten unseres Volkes, als die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung beschlossene Sache war. Die demokratische Idee hat damals Deutschland gerettet, und viele, die den Kampf gegen den demokratischen Gedanken immerfort im Munde führen, haben sich schnell genug die demokratische Praxis zu eigen gemacht. Es gab eben, um zu einer Neuordnung nicht nur tatsächlich, sondern auch rechtlich zu kommen, keinen anderen Weg als die Demokratie mit ihrer Anerkennung des Majoritätsprinzips, mit ihrer Disziplin und ihrem Kommet, der auch dann anerkannt wurde, wenn sich die Mehrheit des Volkes gegen die Wünsche und Absichten der tatsächlichen Machthaber entschied. Diese geistige Haltung einer durch die Revolution zur Macht gekommenen Partei dürfte ziemlich einzigartig in der Geschichte dastehen. Jedenfalls danken wir ihr die Möglichkeit zu einer auf unbestreitbarem Rechtsboden aufgebauten Verfassung. Damit war die Situation entgiftet; der Prozeß der Gesundung konnte beginnen. Die gewalttätige Wiederherstellung der Monarchie — und sie hätte nach dem Zusammenbruch nur gewaltsam sein können — hätte ebensowenig wie die Rätediktatur jemals die allgemeine Anerkennung als dauernd auch für die Opposition erträglicher Rechtszustand gefunden. Nur die demokratische Weimarer Verfassung bot eine rechtlich einwandfreie Basis für die Neuordnung der Dinge. Das dankt ihren Vätern das Deutschland von heute; das werden ihnen unsere Kinder und Kindeskinde danken. Deshalb feiern wir heute.

Halten wir einen Augenblick still und fragen wir uns, ob diese Verfassung mit ihrer Verteilung der Macht auf Reichspräsidenten, Reichsregierung, Reichstag und Reichsrat tatsächlich „der genaue Ausdruck der wirklich in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse“ ist. Juristisch-formal gewiß; aber tatsächlich nein; denn hinter all diesen Faktoren stehen die Wählermassen, und diese sind keine reine Häufung von Individuen, sondern es sind politisch, berufsständisch, weltanschaulich gegliederte Organisationen, und diese Organisationen, d. h. die Parteien, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, die berufsständischen Vertretungen und die Kirchen sind es letztlich, die indirekt oder direkt die Zusammensetzung und den Charakter der genannten Institutionen bestimmen und damit zum mindesten Teilhaber sind an der Macht im Staate, auch wenn sie die Verfassung nicht nennt. Die hier aufgeworfenen Fragen sind zu schwierig, um sie im Rahmen einer Festrede restlos zu beantworten; aber wenn diese Feier wirklich den Sinn der Selbstbestimmung haben soll, dann müssen wir den Mut haben, die Problematik der realen Machtverhältnisse unerschrocken ins Auge zu fassen. Liegt doch hier eine eminent demokratische, ja nur durch die Demokratie zu lösende Aufgabe vor.

Diese Aufgabe erfüllt unsere Reichsverfassung ungleich besser als irgendeine sonst bekannte. Sie ist die große Erzieherin zum staatsbürgerlichen Denken einer aufsteigenden Generation.

Zuerst und zunächst erzieht sie uns zur Toleranz. Gerade ihr Kompromißcharakter läßt sie nicht nur als Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft erscheinen, sondern auch als Brücke zwischen den verschiedenen politischen, sozialen und weltanschaulichen Gruppen unseres Volkes. Toleranz ist aber, so hoch wir sie bewerten, doch immer etwas Passives. An aktiven Erziehungsmächten danken wir der Verfassung die Volkssouveränität vom allgemeinen Wahlrecht bis zum Volksbegehren und Volksentscheid und damit unlösbar verbunden das große und köstliche Geschenk der Republik. Gewiß war die Republik für viele von uns, die wir die große Zeit Deutschlands unter der Monarchie innerlich bejaht hatten, zunächst eine Notlösung. An den Jubel der Ueberzeugungsrepublikaner konnten die Verstandes-

republikaner der Nachkriegszeit nicht sogleich einstimmen, aber je mehr auch die Verstandesrepublikaner — und sie waren zuerst die Mehrheit — realpolitisch denkende, vaterlandsliebende Menschen waren, desto schneller kamen sie über das Ressentiment des Verfassungswechsels, des Zusammenbruchs, der Inflation und was sie sonst verbitterte, durch pflichtbewußte Mitarbeit am neuen Staate hinweg. Dabei erkannten sie bald, daß der neue Staat nicht etwas über uns in den Wolken Schwebendes ist, sondern daß der Staat und damit unsere Zukunft sich aufbaut auf der Summe der Selbstverantwortlichkeit der einzelnen. War diese Erkenntnis einmal erlangt, dann hatte sich in ihnen die nüchterne Anerkennung der Republik gewandelt in willigen, ja begeisterten Dienst am Vaterland — auch in seiner neuen Gestalt.

All das sind Gedanken, die nicht in einer Monarchie und noch weniger unter einer Diktatur — mag sie eine Diktatur des Proletariats oder des Faschismus sein — zur Auswirkung kommen können, sondern nur in einem Gemeinwesen freier, von der Sittlichkeit der Gemeinschaft überzeugter Staatsbürger. Wer wie wir an das Göttliche im Menschen und der Menschheit glaubt, der empfindet die demokratisch-republikanische Parole nicht als eine juristische Formalbestimmung, sondern er trägt sie mit wahrhaft religiöser Begeisterung hinaus in alle Welt und vor allem hinein in unseren Staat, in unsere selbstverantwortliche Arbeit am Staat. Das Reich muß uns doch bleiben. Ist es nicht ein unendlich erzieherischer Gedanke, vom garantierten Privateigentum hinweg das Verantwortungsgefühl gegenüber dem Gemeinwohl der Nation zu wecken, das soziale Empfinden unmittelbar neben das demokratisch-individualistische zu stellen und bei allem stolzen Selbstbewußtsein als nur sich und seinem Gott verantwortliche Nation zugleich die Rechte anderer Völker anzuerkennen und sich mit ihnen über alle partikularen Interessen hinweg in der gleichen Toleranz und in der gleichen Würdigung zu finden, die im republikanischen Staat der einzelne Bürger dem anderen entgegenbringt schon aus Klugheit, dann aus Ueberzeugung und schließlich aus Nächstenliebe?

Das alles predigt uns eindringlich unsere Verfassung, wenn man sie nur richtig zu lesen versteht. So dankbar wir ihr sind, daß sie uns eine Ketterin war in der schwersten Notzeit, so gerne wir anerkennen, daß sie eine Brücke bildet, auf der wir über den Abgrund unserer chaotischen Gegenwart wertvolle Güter unserer staatlichen Vergangenheit als Bausteine zum Aufbau eines kommenden Deutschlands hinübergereitet haben, wichtiger als all das sind ihre zukunftsweisenden neuen Ideen, die jetzt noch umstritten, als verhängnisvoll oder als utopistisch abgelehnt, doch den unerschütterlichen Glauben einer kommenden Zeit verdienen.“

So gedankenreich und scharfsinnig die vorstehende Rede Dr. Beckers zu bewerten ist, enthält sie doch einige Unebenheiten, an denen die Gewerkschaften nicht achtlos vorübergehen können. Ja, wir möchten sagen, daß ein besonderer Passus dieser Rede uns eigentlich erst Veranlassung gab, zu der ganzen Frage Stellung zu nehmen. Dr. Becker wirft nämlich die Frage auf, wie weit Gewerkschaften und Unternehmensspitzenverbände (insbesondere soweit sie ohnehin im Parlament ihre persönliche Vertretung finden) die Verfassung und ihre „gesunde“ Entwicklung beeinflussen. Mit anderen Worten, es erscheint ihm bedenklich, daß die Unternehmerverbände durch ihre Syndikate, wie der ADGB, sowie die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften durch ihre Parlamentsvertreter politische und wirtschaftliche Direktiven geben auf Grund des Einflusses dieser großen wirtschaftlichen Organisationen. Uns will dünken, daß der Einfluß des ADGB mit seinen mehr denn vier Millionen Mitgliedern in der politischen Arena heute noch viel zu gering ist! Insofern befinden wir uns in einem erheblichen Gegensatz zu der Auffassung Dr. Beckers. Wir sind der Meinung, daß die Schwerindustriellen es verstanden haben, in viel stärkerem Maße sich in den politischen Körperschaften Geltung zu verschaffen als die Arbeiterschaft; denn sie haben nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei vollständig im Schlepptau ihrer Interessen, sondern auch einen erheblichen Teil des Zentrums und der anderen bürgerlichen Parteien. Was aber weit wichtiger ist, sie haben stärksten Einfluß auf den Verwaltungsapparat in Reich, Staat und Gemeinde. Und wenn man bedenkt, daß hinter der Schwerindustrie Deutschlands nach statistisch einwandfreien Feststellungen höchstens ein Siebentel

des Unternehmertums steht, während sechs Siebentel von der Fertigungsindustrie usw. umfaßt werden, deren Interessen wirtschaftlich, sozial und politisch wesentlich abweichen von denen der Schwerindustrie, so dünkt uns der Einfluß der Schwerindustriellen in der Tat als ein ungeheuerlicher. Er wäre vielleicht etwas erträglicher, wenn ihm ein gleiches Gewicht gegenübergestellt würde durch die Einflüsse der wirtschaftlichen Organisationen der drei Spitzenverbände (freie Gewerkschaften, christliche und Hirsch-Dunckersche). Dieser Zustand ist heute bei weitem nicht erreicht, und es gilt für die Spitzenverbände der Arbeiterschaft in erheblich stärkerem Maße, sich auch politisch zur Geltung zu bringen. Uns will also scheinen, wenn man die Verfassung sinngemäß ausbauen will und die verschiedenen Paragraphen, die sich mit dem Arbeits- und Menschenrecht befassen, in die Praxis umsetzen will, so kann es nur auf dem Wege geschehen, daß auch die Millionen Massen der in den wirtschaftlichen Organisationen Erfaßten stärker in den Vordergrund treten!

Nun gibt es zwei Wege, sich zu Gehör zu bringen. Der

eine Weg ist der des Protestes und der Demonstration, der andere Weg ist der des Verhandeln und der Methode auf der Linie des geringsten Widerstandes, planmäßige sozialpolitische und soziale Arbeit zu leisten. Die Gewerkschaften in Deutschland sind zumeist den letzteren Weg gegangen und sie haben mancherlei Erfolge aufzuweisen. Gewiß werden Protest und Demonstration für die Arbeiterschaft, die nicht selbst die Regierung in Händen hat, immer ein notwendiges Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung sein. Es bleibt aber die Aufgabe insbesondere der Gewerkschaften, diesen Protest in positiver Weise auszulösen durch rege Anteilnahme an den Verhandlungen und Veranstaltungen, die im Sinne und in der Richtung der sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung liegen. Und so dünkt uns auch richtig, wie das z. B. in Leipzig geschah, die Verfassungsfeier unter den starken Einfluß der Arbeiterschaft zu stellen und sich nicht in die passive Rolle des Zuhörens drängen zu lassen, die es nicht ermöglicht, den Geist und das Programm dieser Verfassungsfeier in unserm Sinne zu beeinflussen. E. D.

## Der vierte internationale Gewerkschaftskongreß in Paris

(29. Juli bis 10. August 1927)

Der internationale Gewerkschaftskongreß in Paris stand vom Beginn bis zum Schluß im Zeichen des Sturmes. Bis zum letzten Tage hegten die Teilnehmer mehr wie einmal die Befürchtung, daß der Kongreß den vielfachen Belastungsproben der verschiedenen Konflikte nicht standhalten könnte. Dennoch hielt er stand. Das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Delegierten vor der Gesamtarbeiterschaft der Welt war so stark, daß über alles Trennende hinweg in fast allen Punkten eine Verständigung herbeigeführt werden konnte.

Mit der Eröffnungsrede des Genossen Purcell (England) begann der Kongreß. Es tauchten aber auch bereits die ersten starken Konflikte auf. Den Beziehungen der gewerkschaftlichen Internationale zu den bisher noch nicht angeschlossenen Gewerkschaften war der Hauptteil seiner Rede gewidmet. Die Internationale hat sich nach seiner Meinung zu sehr auf Europa spezialisiert. In Paris mit seinen revolutionären Errungenschaften, seinen Traditionen, sollten wir verstehen lernen, was vorgeht in den Staaten, wo der Genius der Revolution sein Haupt erhoben hat. So wie die Russen von Paris gelernt haben, so haben die Chinesen gelernt von Moskau und Leningrad. In weniger als 40 Jahren hat Japan den Sprung in die moderne Entwicklung gemacht. Der Sprung wird wie in Rußland über den Kapitalismus hinausführen. Hier haben die Arbeiter Ordnung in ein grenzenloses Chaos gebracht. Auch Mexiko ist ein Land, hinter dem eine Gewerkschaftsbewegung von einer Million Mitgliedern steht. In allen Ländern ein stürmisches Vorwärtsdrängen im Gewerkschaftsleben. Angesichts dieser Tatsache ist es wichtig, unsere Politik im neuen Geiste zu betrachten. Der russischen Republik drohen große Gefahren. Rußland darf nicht isoliert bleiben. Die russischen Errungenschaften müssen verteidigt werden. Das gleiche gilt von China. Wir brauchen die russischen, amerikanischen, mexikanischen, chinesischen Genossen für unsere Gewerkschaftsbewegung. Nichts soll den Anschluß an unsere Gewerkschaftsinternationale hindern.

Jouhaug (Frankreich) stellt fest, daß diese Begrüßungsansprüche des Vorsitzenden nur dessen eigene Gedanken, nicht aber die der übrigen Vorsitzenden zum Ausdruck gebracht habe. Dies gibt der englischen Delegation Veranlassung zu einem scharfen Protest gegen Jouhaug. Die Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Engländer Hicks wird schließlich durch eine vermittelnde Erklärung des Vorsitzenden Purcell beendet. Dann stellten sich die beiden Vertreter der jüngsten Mitglieder der Internationale Argentinien und Jugoslawien vor. Friedrich Adler (Österreich) spricht über die Beziehungen zwischen der sozialistischen Arbeiterinternationale und dem internationalen Gewerkschaftsbund. Vertauung vom Internationalen Arbeitsamt in Genf erklärt, daß dieses stolz sei, für die internationale Arbeiterschaft wirken zu können, und daß auch die russischen Verbände ihr Material von dort beziehen. Am Dienstag spricht Sassenbach (IGB.) kurz zum Geschäftsbericht — der gedruckt vorliegt — über die internationalen Beziehungen. Dem allgemeinen Aufstieg in der Gewerkschaftsbewegung nach dem Weltkrieg folgte der Rückschlag der letzten Jahre, jetzt jedoch sind wir im steten Aufstieg begriffen, und neue Anschläge an den IGB. stehen bevor. Graßmann (Deutschland) wünscht namens der deutschen Delegation, daß sich der IGB. mehr

für allgemeine Fragen interessiere. Die Hauptsache sei die Durchführung des Washingtoner Abkommens. Hicks (England) hält die Kritik an der Reise Browns nach Mexiko nicht für angebracht und wehrt sich gegen den Vorwurf, daß die englischen Gewerkschaftler unter russischem Einfluß stehen. Er schlägt vor, eine Kommission einzusetzen, die untersuchen soll, warum die Beziehungen zwischen dem IGB. zu den Vertretern der angeschlossenen Länder keine besseren sind. Merten (Belgien) hält die Einsetzung einer solchen Kommission für überflüssig, da die Gründe genügend bekannt sind. Er erklärt: Seitdem einige Genossen versucht haben, bei uns die russischen Gebote einzuführen, hat der brüderliche Zustand aufgehört. Auch die Eröffnungsrede des Vorsitzenden habe gezeigt, warum keine einheitliche Leitung vorhanden ist, und zeigt uns, daß es notwendig ist, hier eine Wandlung herbeizuführen. Brown (IGB.) versucht darauf seine Reise nach Mexiko zu rechtfertigen und steht den Grund für das Fehlen einer einheitlichen Leitung im IGB. darin, daß „zuviel hinter den Kulissen“ geschieht. Als Beweis dafür führt er unter anderem einen Brief von Dubegeest an Jouhaug an, in dem es heißt:

„Ich schicke Dir die Abschrift eines Briefes, den wir von Tomski erhalten haben in französischer Sprache. Er scheint einen aufrichtigen Wunsch der Russen zur Mitarbeit zu bezeugen. Deshalb ich glaube, daß es für uns Zeit ist, zum Angriff überzugehen.“

In der allgemeinen Aufregung, die den Kongreß nach dieser Mitteilung ergreift und nach der Erklärung der englischen Delegation, daß, wenn dieser Brief authentisch ist, Dubegeest nicht mehr geeignet erscheint, Sekretär der Internationale zu sein, nimmt Dubegeest das Wort und sagt:

„Wenn dieser Brief geschrieben wurde, dann ist er ‚hinter den Kulissen‘ geschrieben worden!“

Der Vorstand schlägt schließlich vor, die Angelegenheit Brown der Kommission I zu überweisen. Ebenso werden alle Referate und Anträge den acht eingesetzten Kommissionen überwiesen. Um den Kommissionen Zeit für ihre Beratungen zu geben, wird der Kongreß am Mittwoch früh vertagt. Auch der Donnerstag bleibt verhandlungsfrei, da der Kongreß an diesem Tage einer Einladung der französischen Genossen nach Versailles Folge leistet.

Bevor am Freitag die Berichte der Kommissionen entgegengenommen werden, gibt Dubegeest (Sekretär des IGB.) in einer Erklärung seinen Rücktritt bekannt. Da noch nicht alle Kommissionen, besonders aber die Kommission I, ihre Beratungen beendet haben, gibt Genosse Aufhäuser zuerst den Bericht der Kommission III über „Beamte und Angestellte in der Gewerkschaftsbewegung“, worüber wir in der „Beamten-Gewerkschaft“ ausführlich berichteten. Den zweiten Bericht erstattet Genosse Brandes über „Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen“. Die Konferenz hat die von Sassenbach gemachten Vorschläge fast unverändert angenommen. Nach diesen Grundfragen kann eine internationale Hilfsaktion nur auf Antrag der Landeszentrale, der die zu unterstützenden Organisationen angehören, eingeleitet werden. In den skandinavischen Ländern bestehen bereits Gegenseitigkeitsverträge. Bernhard (Deutschland)

erstattet den Kommissionsbericht über den Achttundentag. Die nachfolgende Entschliessung wurde von den 14 Ländervertretern in der Kommission einstimmig angenommen:

#### Internationaler Kampf für den Achttundentag.

Der vierte ordentliche internationale Gewerkschaftskongress in Paris 1927 fordert die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen erneut auf, alle ihnen geeignet erscheinenden Massnahmen zu treffen, die die Aufrechterhaltung oder Wiedererobringung des Achttundentages bezwecken. Alle Gewerkschaften müssen sich bewusst sein, daß der Kampf um die gesetzliche Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit um so erfolgreicher geführt werden kann, je mehr die Gewerkschaften auch bei ihren direkten Kämpfen mit den Unternehmern auf diesem Gebiet Verbesserungen erzielen. — Alle Organisationen sollen sich bei ihrer Tätigkeit auch bewusst sein, daß eine Verschlechterung in dem einen Verufe oder Land unvermeidlich einen Rückschlag auf die anderen Verufe oder Länder nach sich zieht. — Der Kongress fordert neuerdings von den Regierungen die sofortige Ratifizierung der Washingtoner Achttundenkonvention. Er wendet sich entschieden dagegen, daß Regierungen ohne Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt Sonderabkommen treffen, die — wie die Londoner Vereinbarung im März 1926 beweist — die Gefahr einer falschen Auslegung und damit einer Verschlechterung der Washingtoner Konvention in sich tragen. — Der Kongress macht darauf aufmerksam, daß die Washingtoner Konvention nur allgemein zu beachtende Minimalvorschläge enthält. Die Verufe in einzelnen Ländern, günstigere gesetzliche Vorschriften unter Berufung auf die Washingtoner Konvention zu beseitigen oder die Herbeiführung solcher zu verhindern, bedeuten eine Vergeßlichkeit der Konvention und müssen entschieden zurückgewiesen werden. — Der Kongress verurteilt es auf das schärfste, daß die Regierungen bei der Ratifikation der Washingtoner Konvention durch Gewährung zahlreicher Ausnahmen vom Achttundentag den Wert dieser sozialen Reform sehr beeinträchtigt haben. — In Hinsicht auf die Bestrebungen der Rationalisierung der technischen und organisatorischen Methoden der Produktion fordert der Kongress von den Regierungen die Beachtung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz, Genf 1927, wonach „den Regierungen, den Institutionen, den Berufsorganisationen und der öffentlichen Meinung“ empfohlen wird,

„denjenigen Massnahmen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, die geeignet sind, die beste, gesündeste und würdigste Verwendung der menschlichen Arbeitskraft sicherzustellen, also der Auswahl der beruflichen Orientierung und Ausbildung, der Verteilung der Arbeitszeit und der Ruhepausen, den Formen der Entlohnung, die den Arbeiter gerechtfertigt an der Erhöhung des Ertrages teilnehmen lassen, und allgemein den Arbeits- und Lebensbedingungen, die der Entwicklung und Behauptung seiner Persönlichkeit günstig sind“.

Diesen Beschlüssen werden die Regierungen nur dann gerecht, wenn sie in den Ratifikationsgesetzen bzw. in den Arbeitszeit- oder Arbeitsschutzgesetzen die tägliche achtstündige Arbeitszeit als *Magimalarbeitszeit* festsetzen sowie darüber hinaus eine kürzere Arbeitszeit anstreben, und zwar sofort und in erster Linie für die Verufe, die von Natur aus oder infolge der Arbeitsweise gesundheitlich stark leiden. — Der Kongress gibt der Meinung Ausdruck, daß nun keine stichhaltigen Gründe mehr gegen eine allgemeine Ratifizierung der Konvention vorliegen. Er beauftragt daher den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Vorkehrungen für eine gleichzeitige Intervention bei den in Frage kommenden Ländern zugunsten der Ratifizierung der Konvention zu treffen. Der Kongress verlangt auch von den Gewerkschaften aller Länder, wo die Ratifizierung noch nicht erfolgt ist, daß sie zur Erreichung dieses Zieles ständig auf ihre Regierungen einwirken. — Die Gewerkschaften werden den Achttundentag nur halten oder erobern können, wenn die Arbeiter selbst den Willen zu seiner Durchführung haben. Die Arbeiter müssen sich insbesondere mit allen geeigneten Mitteln gegen Verufe wenden, die darauf hinauslaufen, ihnen die bereits gesetzlich gewährleisteten Rechte wieder zu nehmen. — Die beste Stütze und Hilfe in dem Kampf um den Achttundentag und damit um größere Freiheit und erhöhten Anteil an der Kultur für den Arbeiter wird immer seine Organisation sein. Deshalb ruft der Kongress die Arbeiter der ganzen Welt auf, an der Erstarkung ihrer Organisationen ständig zu arbeiten, um damit am besten den Achttundentag als *Magimalarbeitszeit* sichern und alle Angriffe der Regierungen und Unternehmer brechen zu können.

Leipart (Deutschland), dessen Referat gedruckt vorliegt, ergänzt den Bericht. Müglin (Schweiz) hält es für notwendig, an dieser Stelle einen Antrag einzubringen, daß die Funktionäre aller Gewerkschaften verpflichtet werden sollen, ihre Tätigkeit auf die Erhaltung des Achttundentages zu konzentrieren. Kollege Dprecht (Schweiz) beantragt im Namen der Schweizer Delegation, über diesen Antrag, der Selbstverständliches enthält, zur Tagesordnung überzugehen, was auch geschieht. Tarnow (Deutschland) erstattet den Bericht über den organisatorischen Aufbau des IGB. Die Kommission hat von einer Entschliessung Abstand genommen, legt aber einen schriftlichen Bericht vor über das, was vor sich ging. Die Kommission schlägt vor: die Ablehnung der österreichischen Anträge, ebenso die Ablehnung der Studentenkommision und die Ablehnung der Berufsekretariate im Unterbau des IGB. Es bleibt also im ganzen wie vorher. Merten (Belgien) gibt den Bericht über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Europa wird grell beleuchtet durch jene 10 Millionen erwerbsloser Menschen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten dürfen, die der Gütererzeugung ganz, dem Güterverbrauch zum großen Teil entzogen sind. Die Zurückführung dieser 10 Millionen zur Erwerbsarbeit ist die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Im einzelnen ergeben sich dabei folgende konkrete wirtschaftliche Forderungen:

1. Förderung des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges.
2. Rationalisierung, jedoch nur unter der Bedingung, daß bei ihrer Durchführung jeweils Vertreter der Arbeiter mitwirken und daß der Rationalisierung unmittelbar die Erhöhung des Lebensniveaus der großen Verbraucher Massen und dadurch die Erweiterung des Marktes folgen soll.
3. Nationale und internationale Kartelle. Beobachtung und Kontrolle derselben.
4. Der innere Markt und seine volkswirtschaftliche Bedeutung. Steigerung der Kaufkraft der breiten Volks- und Verbraucher Massen im Wege der Preislenkung und Lohn-erhöhung.

Der Kongress ersucht den Vorstand des IGB, diese Fragen den angeschlossenen Ländern zu unterbreiten und in einer späteren Sitzung des Generalkonvents das Förderungs- und Aktionsprogramm endgültig festzustellen:

Dann erstattet Graßmann den mit Spannung erwarteten Bericht der Kommission I. Die Kommission beschäftigte sich mit Personal- und Finanzfragen und in letzter Stunde noch mit der Briefaffäre. Die Kommission unterbreitet dem Kongress folgende Vorschläge:

1. **Sitz des Bundes:** Es soll grundsätzlich die Verlegung des Sitzes nach einem anderen Lande beschlossen werden. Da Uebereinstimmung über Ort und Land jetzt unmöglich zu finden ist, wird vorgeschlagen, daß der Ausschuss des IGB. den neuen Sitz bestimmt.
2. **Sekretäre:** Die Kommission schlägt vor, in Zukunft nur einen Sekretär (Generalsekretär) zu bestellen. Im Hinblick auf die Lage wird ein bestimmter Vorschlag nicht gemacht. Die Zahl und Personen der Hilfssekretäre ist ebenfalls vom Ausschuss zu bestimmen. Da der erste Sekretär niedergelegt hat, der zweite nicht auf allgemeine Zustimmung rechnen kann, soll in der Zwischenzeit Sassenbach interimistisch die Geschäfte führen.
3. **Beiträge:** Die Kommission schlägt dem Kongress vor, es bei der jetzt üblichen Regelung der Beiträge zu belassen. Sie hat ebensowohl eine Erhöhung der Beiträge abgelehnt wie auch eine andere Differenzierung je nach der Finanz- und sonstigen Lage der Arbeiter.

Die Kommission hat lange Zeit einem Gegenstand gewidmet, den wir alle aufs tiefste bedauern, und hat ihre Ansicht in der nachfolgenden Entschliessung niedergelegt:

Bericht der Kommission über die vom Plenum überwiesene Angelegenheit Brown kontra Dudgeest.

Die Kommission I hat nach Auftrag des Plenums die auf Grund eines Schreibens in offener Plenarsitzung gegen den Kameraden Dudgeest eingebrachten Beschwerden und seine Haltung als Sekretär in Ausführung der Wiener Kongressbeschlüsse zum Zwecke des Anschlusses der russischen Gewerkschaften gewissenhaft untersucht. Der Kommission war es infolge der langen Zeit seit dem Datum des Briefes, d. i. 6. November 1924, unmöglich, das Manuskript des Briefes, das nicht mehr existieren dürfte, zu erlangen und nachzuprüfen.

Die Kommission stützt daher ihre Meinung auf die umfangreichen Fragen und Antworten der Kameraden Dudgeest und Brown und den ihr vorliegenden Text des Schreibens vom 6. November 1924.

Dudgeest bestätigt nach Einsichtnahme in den Brief, diesen geschrieben und an Fouhaug abgesandt zu haben. Das Diktat des Schreibens erfolgte in holländischer Sprache. Dudgeest kann sich nicht erinnern, ob er den Brief im französischen Text nochmals nachgelesen hat. Es ist möglich, daß der abgesandte Brief wegen Uebersetzungsschwierigkeiten in seiner Fassung nicht genau dem holländischen Original entsprach.

Der dritte Absatz des Briefes berichtet von einem Brief Tomshys und sagt in der Uebersetzung wörtlich:

„Anbei schide ich Dir die Abschrift des Briefes, den wir von Tomshy erhalten haben, in französischer Sprache. Er war in sehr schlechtem Englisch geschrieben und scheint mir einen aufrichtigen Wunsch der Russen zur Mitarbeit mit uns zu bezeugen, weshalb ich glaube, daß es für uns Zeit ist, zum Angriff überzugehen. Es ist aber noch möglich, daß sie von unseren Beziehungen zu Genf nichts hören (wissen?) wollen. Wir können sie vielleicht in unserer Antwort fragen, was sie über unsern Grundsatz der absoluten Unabhängigkeit von allen politischen und religiösen Einflüssen der uns angeschlossenen Organisationen, über die durch unsere Landeszentralen gewährleistet, aber durch ihren Zellen“

bau verletzte Autonomie der Landeszentralen, was sie über unsere Beziehungen zum Internationalen Arbeitsamt (die sie, im Gegensatz zu uns, als eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie betrachten) und über unsere Tätigkeit in der Abrüstungskommission des Völkerbundes denken."

Dudegeest sagt also, „er (der Brief) scheint mir einen aufrichtigen Wunsch der Russen zur Mitarbeit mit uns zu bezeugen. . .“ Wenn der Satz fortfährt: „Weshalb ich glaube, daß es für uns Zeit ist, zum Angriff überzugehen“, so ist diese Redewendung als völlig deplaciert zu betrachten. Sie steht nicht nur in keinem logischen Zusammenhang, sondern in offenbarem Widerspruch zu den folgenden Stellen, in denen bezweifelt wird, ob die Russen wegen der Beziehungen des IGB zu Genf etwas (von Verhandlungen?) hören wollen. Dann stellt der Brief einige Fragen, die den Russen bei Verhandlungen vorgelegt werden sollen und die die wichtigsten Differenzpunkte zwischen Moskau und Amsterdam betreffen, Fragen, die notwendig wären angesichts der Beschlüsse des Wiener Kongresses und der bisherigen Angriffe der Russen.

Es muß also festgestellt werden, daß es sich bezüglich der Stelle, die von einem Angriff spricht, um eine sehr unglückliche Redewendung des Uebersetzers handeln dürfte, dies aber nur buchstäblich genommen werden könnte, wenn man absichtlich die folgenden Stellen übersieht oder falsch deutet. Dudegeest hat auf wiederholtes ernstliches Befragen erklärt, sie bedeuten lediglich die Fixierung einiger Punkte, die die Voraussetzungen bilden sollen bei den in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den Russen.

Die diesbezügliche Korrespondenz mit letzteren lag der Sitzung des Ausschusses des IGB. vom 5. bis 7. Februar 1925 vor. Der Ausschuss beschloß damals, die Korrespondenz mit den Russen unter den Bedingungen des Wiener Kongresses fortzusetzen, und damit fand diese Angelegenheit selbst ihre korrekte Erledigung.

Der Absatz 5 des Briefes lautet wie folgt:

„In unserer Vorstandssitzung vom 1. Dezember wird der Engländer Hicks unter uns sein, der den nach Rußland abgereisten Purcell vertreten wird. Fällst Du es in Anbetracht der Umstände nicht für zweckmäßig, daß wir uns im Einvernehmen mit Mertens vor der Diskussion in der Vorstandssitzung selbst über die zu erzielende Antwort einigen? Wenn ich richtig informiert bin, hat das Scheitern des englischen Ministeriums eine starke Reaktion gegen die Kommunisten hervorgerufen. Purcell ist durch den Brief von Sinowjew aus dem Parlament ausgeschlossen worden, und ich frage mich, ob seine kommunistischen Sympathien von nun an noch ebenso stark sein werden wie letztes Jahr. . .“

Die Kommission erblidt in der Einschlebung der Meldung, daß am Stelle Purcells Hicks zur Sitzung komme, mit dem anschließenden Wunsche, noch eine Aussprache vor der Sitzung über eine den Russen zu erzielende Antwort zu haben, eine nicht glückliche Stillisierung. Die Kommission glaubt der Versicherung Dudegeests, daß es ihm ferngelegen hatte, diese Aussprache wegen der zu erwartenden Anwesenheit von Hicks herbeizuführen, sondern er lediglich vorbereitend für die Sitzung wirken wollte. Die Kommission bedauert sehr, daß Genosse Brown die zahlreichen Gelegenheiten, d. h. die Sitzungen des Vorstandes und des Ausschusses des IGB. vorbeigehen ließ, ohne in der Zeit von mehr als zweieinhalb Jahren seine Einwände zur Geltung zu bringen und ohne hierauf loyal auf eine Beseitigung der vorausgesetzten Fehler zu dringen. Sie bedauert, daß Brown dem Kongreß durch die Verlesung einiger nicht nachgeprüfter Stellen des Briefes — was zu falschen Schlussfolgerungen führen mußte — über-rascht hat.

Die Kommission ist der Meinung, daß Fehler in untergeordneten Fragen der Taktik und persönliche Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden müssen, um so jede Hemmung der Aktionsfähigkeit des IGB. zu beseitigen. Sie erwartet vom Kongreß entsprechende Maßnahmen, um so eine Atmosphäre des Vertrauens in der Leitung zu schaffen, die die Gewähr für ein gedeihliches Fortschreiten der gewerkschaftlichen Internationalen bietet.

Die Entschlebung wurde in der Kommission, in der 20 Länder vertreten waren, gegen 2 Stimmen angenommen. Citrine (England), als einer von den beiden Delegierten, die der Entschlebung der Kommission nicht zugestimmt haben, wendet sich erregt gegen den Bericht der Kommission, die nach seiner Meinung nicht genügend getan hat, um die Vorgänge zu klären. Auch Dudegeest nimmt noch einmal das Wort und wendet sich scharf gegen die Methoden, die von Brown und Citrine gegen ihn angewandt worden sind. Er fragt den Vorsitzenden, ob die Debatte in dieser Weise fortgeführt werden soll. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird diese unerfreuliche Aussprache endlich abgebrochen, nur Gramann verliest auf Antrag Citrines, dem sich Dudegeest angeschlossen hat, den vollen Wortlaut des vielbesprochenen Briefes und wendet sich mit Entschiedenheit gegen die von Citrine gegen die Berichterstattung und die Kommission erhobenen Vorwürfe. Er erklärt, die Hintergründe, die hier gesucht werden, liegen in der Leitung, die sich nicht unsere Grundsätze zu eigen machen will, daß sich die Minorität der Majorität zu fügen hat. Wir verlangen von jedem Vorsitzenden, daß er sich den Beschlüssen der Majorität beugt. Kann er das nicht, soll er gehen, bleibt er, dann hat er im Sinne der Majorität zu arbeiten.

Darauf wird der Bericht der Kommission erstattet, die in Scharfen Sacco und Banzetti beim amerikanischen Botschafter war.

Der Botschafter ist nicht in Paris. Der Geschäftsträger hat sich bereit erklärt, den Botschafter nach seiner Rückkehr von der Meinung des Kongresses zu unterrichten. Fimmen (Holland) bezeichnet diese Antwort des Geschäftsträgers als eine Backpfeife für den Kongreß und schlägt einen internationalen Boykott amerikanischer Waren für die Dauer eines Jahres vor. Larnow (Deutschland) erklärt, daß wir nicht in der Lage sind, über Machtmittel zu verfügen, die wir nicht besitzen. Auf Vorschlag Jouhaug (Frankreich) wird der Antrag Fimmen dem Vorstand überwiesen.

Nunmehr schlägt Leipart für die Neuwahl des Vorstandes vor, mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in der englischen Delegation, 6 Vorstandsmitglieder zu wählen, die aus ihrer Mitte einen Präsidenten bestimmen. Des weiteren soll der neugewählte Vorstand möglichst bald zusammentreten, um folgende Maßnahmen vorzubereiten:

1. Reorganisation des Bureaus.
2. Vorschläge für den Generalsekretär und die Hilfssekretäre.
3. Maßnahmen für die Ueberführung des Bureaus.
4. Verwertung der Lokalitäten in Amsterdam.
5. Stellungnahme zur gesamten Weltlage.
6. Eventuelle weitere Schritte, die zur Förderung der Ausbreitung der Internationalen für notwendig gehalten werden.

Die Beschlüsse des Vorstandes sollen gelten bis zum nächsten Kongreß. Die deutsche und andere Delegationen haben sich bereit erklärt, einen englischen Vorsitzenden zu wählen und haben deshalb Hicks neben Purcell vorgeschlagen. Der Vorschlag Leiparts wird einstimmig angenommen. Hicks gibt die Erklärung ab, daß es ihm nicht möglich sei, neben Purcell zu kandidieren. Das würde gegen den Beschluß des englischen Generalrats verstoßen. Leipart erklärt den Kongreß für souverän, der sich nicht von dem englischen Generalrat könne vergewaltigen lassen. Während die Wahlkommission eingesetzt und die Vorbereitungen für die Vorstandswahl getroffen werden, erledigt der Kongreß noch verschiedene Anträge. Dabei werden die Beschlüsse der Arbeiterinnenkonferenz, die am 29. und 30. Juli in Paris tagte, dem Kongreß zur Ratifizierung vorgelegt und ohne Debatte angenommen.

Dann erreichte der Kongreß seinen dramatischen Höhepunkt. Die englische Delegation erklärte, daß, wenn neben Purcell der Engländer Hicks auf der Vorschlagsliste verbleibt, die englische Delegation geschlossen den Saal verlassen wird. Wieder gelingt es Jouhaug, den Kongreß vor der Auflösung zu bewahren, durch seinen Hinweis, daß der Vorstand einen Vorschlag der schweizerischen Delegation nicht einfach streichen kann. Die Engländer mögen sich mit den Schweizern auseinandersetzen. Die Engländer erklärten sich dazu bereit. Die Sitzung wird unterbrochen. Gruppen bilden sich im Saal. Jeder fragt, was wird nun werden. Endlich scheint eine Verständigung herbeigeführt zu sein. Die Dolmetscher stürzen zum Vorstandstisch. Dort noch ein kurzes Beraten und Ringen. Dann erklärt Jouhaug, die Schweizer haben ihren Vorschlag zurückgezogen. Neue Aufregung. Leipart erklärt nunmehr, daß damit die Sache für die übrigen Landesorganisationen nicht erledigt sei. Holland, Schweden, Dänemark und Deutschland nehmen den schweizerischen Vorschlag auf. Auch die übrigen Länder seien nicht gesonnen, sich den Vorsitzenden aufzutrotzen zu lassen. Er hält den Engländern die Konsequenzen ihres Tuns vor Augen und hat den Erfolg, daß die englische Delegation erklären läßt, sie habe getan was sie konnte, um die Beschlüsse des englischen Generalrats durchzuführen. Sie wird diesem Bericht erstatten und läßt nunmehr ihre Einwände gegen die Kandidatur Hicks fallen. Ein allgemeines Aufatmen geht durch den Saal. Die Vorstandswahl ergibt die Wahl von: Hicks, England; Jouhaug, Frankreich; Leipart, Deutschland; Madsen, Dänemark; Merten, Belgien; Tagerle, Tschechoslowakei.

Jouhaug macht nunmehr den Vorschlag, daß der Ausschub den Tagungsort für den nächsten Kongreß bestimmt, was ohne Widerspruch angenommen wird. Schorsch, Oesterreich, dankt den französischen Genossen für ihre Gastfreundschaft; Jouhaug widmet Dudegeest herzliche Abschiedsworte und schließt abends um 7½ Uhr den an dramatischen Ereignissen so reichen Kongreß.

M. F.-Sch.

Gewiß — welchem Sozialisten brauchte man das noch zu sagen — vermag die demokratische Staatsverfassung an sich das soziale Element nicht zu bannen; das kann nur die sozialistische Aufbauarbeit. Die aber ist nur möglich, wo die sachlichen Voraussetzungen für sie vorhanden sind: in der Wirtschaft die Reife der kapitalistischen Wirtschaft und im Staate — die Demokratie. Eine Arbeiterkraft, die aus Verzweiflung über ihr soziales Elend selber den Weg verschüttet, der aus ihm hinausführen kann, handelt nicht revolutionär, sondern konterrevolutionär. Friedrich Stampfer.

# Die industrielle Konzentration im westlichen Deutschland

## I.

Das Rückgrat des bewußten Kampfes der organisierten Arbeiter bildet die Konzentrationstheorie von Karl Marx. Sie stellt fest, daß sich die Wirtschaft in immer stärkerem Maße organisiert und sich in wenigen Händen vereinigt. Fast die Gesamtheit der schaffenden Menschen wird somit einigen Wirtschaftsführern ausgeliefert. Ein solcher Zustand muß infolge der zuwiderlaufenden Interessen einmal zu einer Verdrängung und Beseitigung dieser Wirtschaftsherzöge führen. Der Zeitpunkt einer solchen Umwälzung wird von der Stärke der Wirtschaft, von ihrer Organisation und Disziplin und von dem Grad der Konzentration des Kapitals bestimmt. Wir müssen, um diesen Umwandlungsprozeß durchführen zu können, einerseits die gewerkschaftliche Organisation fördern und die Entwicklung der Wirtschaft beobachten. Die stärkste Wirtschaftszusammenballung unseres Landes finden wir im westlichen Deutschland; Westdeutschland stellt den stärksten Industriebezirk dar. Diese industrielle Stärke hat ihre Ursache in den geologischen Verhältnissen, in dem Vorkommen von Kohlenschichten und den auch für größere Schiffe benutzbaren Wasserstraßen. Wenden wir uns nun der Konzentration der Wirtschaft in diesem Industriebezirk zu.

Der industrielle Aufstieg Deutschlands hängt mit dem Uebergang von der Manufaktur- zur Fabrikarbeit zusammen. Die Anwendung von Maschinen erforderte große Kohlenmengen. Da diese hier reichlich vorhanden waren, entwickelte sich schnell ein industrielles Zentrum. Die vorteilhaften Wasserstraßen ermöglichten einen billigen Transport von Rohprodukten, zumeist Erzen. Die Wasserkraft fand auch Verwendung als Betriebskraft für die Maschinen. Das westliche Gebiet Deutschlands war also wegen seiner günstigen geologischen Verhältnisse ein vorteilhaftes Produktionsgebiet. Der Standort für die Herstellung von Waren, die viel Kraft, also Kohlen oder Wasser erforderten, war hier sehr günstig. In wenigen Jahren wurden die kleinen Kohlenbauern zu Zechenbaronen, die kleinen Handwerksstätten vergrößerten sich zu Stahl- und Hüttenwerken. Schnell wuchs eine starke Maschinenindustrie heran. Auch die Textil- und die chemische Industrie hatte in Westdeutschland einen günstigen Standort. Die großen Schätze an Braunkohle im Rheinland begünstigten weiterhin den industriellen Aufstieg des Bezirks. Welche Bedeutung dieses Industriegebiet hat, wird ersichtlich, wenn man sich die Produktion an Kohle betrachtet. Im Jahre 1926 wurden etwa 33 Millionen Tonnen ausgeführt. Die Kohlenzechen haben sich zu einem Syndikat zusammengelunden. Die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats erfolgte im Jahre 1893. Noch im selben Jahre gliederte sich diesem das

Rhols-Syndikat und der Britelt-Verkaufsverein an. Durch das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat gelang es den einzelnen Zechen, die Konkurrenz untereinander auszuschalten und die Produktion einheitlicher zu gestalten. Die Produktion der einzelnen Zechen erfolgt nach einem bestimmten Schlüssel. Die Preise werden von den Mitgliedern des Syndikats festgelegt. Ein Erfolg der Revolution ist es, daß die Preise aber auf Grund eines Reichsgesetzes vom Wirtschaftsminister bestätigt werden müssen. Erst vor kurzem hat der Reichswirtschaftsminister einen Antrag auf Erhöhung der Kohlenpreise abgelehnt. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat umfaßt 52 Kohlenzechen-, -hütten usw. Bei der Feststellung der Produktionsziffer der einzelnen Betriebe unterscheidet das Syndikat zwischen Verkaufsbeteiligung und Verbrauchsbeteiligung. Für das Jahr 1927 ist die erstere auf 136 Millionen Tonnen, die Verbrauchsbeteiligung auf über 27 Millionen Tonnen festgelegt. Die Verbrauchsbeteiligung hat ihre Ursache in der Angliederung von Hütten- oder Walzwerken an die Kohlenzechen oder umgekehrt, in dem Erwerb von Kohlenzechen durch große Hüttenwerke. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat stellt eine Kartell-Vereinigung dar, zum Zwecke der Preis-, Produktions- und Abgaberegulierung. Die einzelnen Kartelle sind selbständig. Auf die größeren Kartelle, die dem Syndikat angehören, wollen wir in den folgenden Zeilen noch zu sprechen kommen.

Das größte deutsche Unternehmen ist kein Berg- oder Hüttenwerk, gehört also nicht dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat an. Da es aber von großer Bedeutung ist und ein Teil seiner Betriebe im westlichen Deutschland liegen, wollen wir es anführen. Es ist die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, die an Größe nur von der Reichsbahn übertroffen wird. Die Grundpfeiler dieser Aktiengesellschaft waren die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co., Leverkusen, Farbwerke vorm. Meister Lucius u. Brüning, Höchst a. M., Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt a. M. und die Chemische Fabriken vorm. Weiler ter Meer, Uerdingen, der noch die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. angegliedert war. Nachdem diese Unternehmen durch eine Interessengemeinschaft verbunden waren, verschmolzen sie sich im Jahre 1925. Im folgenden Jahre traten dieser Aktiengesellschaft noch die Farbwerke Mühlheim vorm. A. Leonhardt u. Co. A.-G. und die Köln-Rottweil A.-G. bei. Alle übrigen kleinen chemischen Unternehmungen werden von diesem großen Konzern, sei es durch Interessengemeinschaften oder Aktienbeteiligungen, beherrscht. Die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft mit ihren Riesenwerken in Ludwigshafen, Oppau, Leverkusen, Dormagen, Elberfeld, Höchst, Gersthofen, Bitterfeld, Gries-

## Die Frankfurter Arbeiter-Musikwoche

Die guten Leute, die so gerne behaupten, daß der Sozialismus eine egoistische Bewegung sei, eine Bewegung, deren Ziele ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiete liegen und darum sich gar nicht vergleichen können mit der geistigen Höhe ihrer rein idealen vaterländischen Bestrebungen, diese guten Leute, die andauernd ihren sogenannten Idealismus plakatieren und sich selbst einreden, daß sie vor lauter Geistesgröße und herrlichen Herzenseigenschaften über alle wirtschaftliche und dennoch geistige Arbeit einer kämpfenden sozialistischen Klasse erhaben sind — diese guten Leute hätten in diesen Tagen in Frankfurt a. M. sein müssen. Die Augen wären ihnen übergelaufen über das, was sie da gesehen hätten. Die Ohren aber hätten ihnen sogar wunderbar geklungen von dem, was da zu hören war. Das waren keine alten und abgestandenen Schlagworte, keine vaterländischen Marschmusiken, keine Militäransaren mit Pauken und Trommeln. Das war edelste und herrlichste Musik!

Manches Musikfest habe ich in meinen Musikerjahren miterlebt. Keines ist so schön, so würdig, so gehaltvoll, so beglückend gewesen wie dies. Das Beglückende daran aber war, daß Arbeiter, daß Männer der schwierigen Faust, Männer, denen man so gerne höhere geistige Interessen absprechen möchte, um sie der aufgeblasenen Masse der geistigen Edelherren zu reservieren, sich dieses Fest gaben. Arbeiter aus vieler Herren Länder, aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, Desterreich, aus der Schweiz und der Tschechoslowakei und aus den Niederlanden waren zusammengeströmt, um ihre Internationale erneut zu bekunden. Diese Internationale, die oft schon einer erkochenen Welt ihre Kraft auf wirtschaftlichem Gebiete zeigen konnte, hat nun auch bewiesen, welche geistige Macht in ihr steckt. Denn diesmal, in Frankfurt, galt es nicht, einen weiteren Schritt zur Vereinerung der Massen aus ihrer Fron zu tun; diesmal galt es, zu beweisen, daß der Sozialismus ein großes Friedenswert zu tun

bereit und auch in der Lage ist. Diesmal wurde bewiesen, einer ganzen staunenden Welt bewiesen, daß die Arbeiterschaft sich ihrer geistigen Rechte nicht minder bewußt ist wie ihrer wirtschaftlichen. Die Männer, die da zusammengelunden waren aus allen Teilen Europas, die Männer und ihre Frauen, sie vereinten sich dieses Mal, um allein dem Geiste zu dienen. Die Sprache, die alle Welt versteht, die Sprache der Töne war diesmal die Sprache, die ihnen allen einzig galt. Sie saßen zu Tausenden und hörten gebannt und beglückt, stolz über solchen Besitz und erhoben durch das Verständnis für solchen Besitz, die großen und hehren Töne, die da erklangen. Ihre Not schwieg, ihr hartes Leben war für Stunden vergessen, ihr Licht leuchtete ihnen. Manchem wurde in solcher Feierstunde erst die glückliche Erkenntnis seines Menschentums, manchem vergaß da sein Wünschen. Und über allen, über den Tausenden lag das eine große, herrliche Gefühl der Zusammengehörigkeit aller zu allen.

Haydns „Jahreszeiten“ boten den glücklichsten Auftakt. 750 Arbeitersänger aus Frankfurt und Umgebung hatten sich unter der Stabführung des verdienstvollen Max Bartsch vereint, um das alte, ewig neue Meisterstück auszuführen. Ein verheißungsvoller Anfang! Ein Gastkonzert der „Fichte Georgina“ aus Berlin folgte. Zwei große Konzerte galten der sinfonischen Kunst. Jascha Horenstein führte Werke aus unserer Zeit vor, von Richard Strauß, Honegger und Gustav Mahler. Diese Werke aus unserer Zeit erwiesen, daß der arbeitende Mensch ganz und gar ein Kind unserer Zeit ist. Wenn Musik noch vor einigen Jahrzehnten Privileg einer kleinen Anzahl von Menschen war — hier zeigte sich, daß sie nun schon allen gehört. Wie anders wäre der tiefe Eindruck zu verstehen, den Mahlers 9. Sinfonie sichtlich bei allen Zuhörern hinterließ? Die Arbeiter hatten zu einem Musikfest geladen. Die Art, wie sie selbst die Musik begriffen, sich ganz von ihr fesseln und erheben ließen, mag ihnen, mag der Welt ein Beweis sein von den geistigen Kräften, die in der Arbeiterschaft wohnen, die, nun sie einmal ge-

heim, Maintur und Offenbach stellt eine Rekordleistung der Kapitalkonzentration dar. Die gesamte Industrie hat sich zu einem Unternehmen konzentriert. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 1100 Millionen Mark. Im letzten Jahre wurde an die Aktionäre eine Dividende von 10 Proz. bezahlt.

Die zweitgrößte Gesellschaft, die Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats ist, hat ihren Sitz in Düsseldorf. Im Jahre 1928 fusionierte sich die Rhein-Elbe-Union in Dortmund, Gelsenkirchen und Bochum, der Thyssen-Konzern in Hamborn, die Phönixwerke in Düsseldorf und die Rhein Stahlbetriebe in Duisburg-Ruhrort zur Gesellschaft Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft Düsseldorf. Dieses Unternehmen stellt das größte Eisenwerk Europas dar. Das Kapital beträgt 800 Millionen Mark. Das moderne und leistungsfähige Werk verfügt über 19 Hochofenwerke mit 70 Hochofen. Die Produktion an Roheisen überschreitet 10 Millionen Tonnen, das sind etwa 87 Proz. der Gesamtbeteiligung des Roheisenverbandes. Die Riesenhaftigkeit dieser Gesellschaft können wir erst richtig würdigen, wenn wir feststellen, daß die Vereinigte Stahlwerke A.-G. 180 000 Arbeiter und 15 000 Angestellte in ihren Betrieben beschäftigt, von denen etwa 56 000 in werkseigenen Wohnungen untergebracht sind. Die Kohlenförderung für die Aktiengesellschaft ist vom Syndikat auf etwa 35,7 Millionen Tonnen festgelegt worden, von denen über 10 Millionen Tonnen in den eigenen Werken Verwendung finden. In den Stahlwerken werden annähernd 9 Millionen Tonnen Stahl erzeugt. Die Aktiengesellschaft hat aber darüber hinaus noch weitere Beziehungen zu anderen großen Konzernen. 56 Proz. der Oesterreichischen Alpen Montanwerke befinden sich in ihrer Hand, auch auf die Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G. und die Deutschen Edelfabrikwerke A.-G. hat sie maßgebenden Einfluß.

Mit über 5 Mill. Tonnen Kohlen sind die Mannesmann-Röhrenwerke, Düsseldorf, am Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat beteiligt. Das Aktienkapital beträgt 160 Millionen Mark. Etwa 28 000 Arbeiter und Angestellte finden in den sieben Hütten- und Walzwerken, drei Steinkohlenbergwerken, in zahlreichen Erzgruben, im Kalksteinbruch, in der Ziegelei oder in der Fabrik für feuerfesten Stein Beschäftigung. Die Betriebe dieses Konzerns umfassen eine Fläche von 1285 Hektar. Die jährliche Produktion an Röhren, Blechen und Rohstahl beträgt 1 140 000 Tonnen.

Eine der größten deutschen Unternehmungen ist die Friedr. Krupp Aktiengesellschaft. Ihren Riesenumfang verdankt sie der Essener Gußstahlfabrik, die sich langsam aber stetig vergrößerte und später eine große Zahl anderer Werke zu sich heranzog. Wir wollen hier die Friedrich-Alfred-Hütte, die Mühlhofer Hütte, die Zeche Hannover und Hannibal in Bochum-Hordel, die Zeche Ber. Sälzer-Neuack in Essen, das Krupp-Grusonwerk in Magdeburg-

Buckau, die Krupp-Germaniawerft in Kiel-Gaarden und die Sieg- und Lahn-Bergbau G. m. b. H. in Siegen nennen. Ueber die Aktienmehrheit der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Ber. Helene und Amalie in Essen, der Gewerkschaft Ber. Constantin der Große in Bochum und der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Emscher-Lippe in Datteln verfügt sie außerdem. Die Kruppwerke sind in der ganzen Welt berühmt wegen ihres Edel- und Sonderstahls, das in Blöcken, Knüppeln, Platinen, Stangen, Walzdraht, Bandstahl oder in fertigen Stücken verarbeitet wird. Der Stahlguß der Firma Krupp, sei es in Form von Walzen, Blechen oder in Materialien für Maschinen oder Eisenbahnen, Lastkraftwagen, Bagger, Erntemaschinen, Registrierkassen ist überall zu finden. E. E.

## Für die Frauen

### Die Internationale Arbeiterinnenkonferenz in Paris

Wir brachten bereits in Nr. 33 der „Gewerkschaft“ einen Bericht über die Internationale Frauentagung. Unsere Delegierte, Kollegin M. Friedrich-Schulz unterbreitet uns noch folgenden Ergänzungsbericht:

Obwohl offiziell als die zweite Internationale Arbeiterinnenkonferenz bezeichnet, war diese Konferenz dennoch die erste, zu deren Beschickung allein die gewerkschaftlichen Landesorganisationen aufgefordert waren und an der Vertreterinnen der Gewerkschaften aus 14 Ländern teilnahmen.

Das internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee, dessen Wiederwahl auf der Konferenz einstimmig beschlossen wurde, setzt sich zusammen aus den Genossinnen: Helene Burniaug, Belgien, Jeanne Chevenard, Frankreich, Henriette Crone, Dänemark, Gertrud Hanna, Deutschland, Julia Barley, Großbritannien. Als Vertreter des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes gehört ihm außerdem der Genosse Sassenbach an. Die Anzahl der Delegierten der einzelnen Länder entsprach nicht in allen Teilen der Bedeutung und der Zahl der weiblichen Mitglieder, die diese Länder auf der Konferenz zu vertreten hatten. So waren vertreten Deutschland und Frankreich mit je zehn, das kleine Oesterreich mit acht, Bulgarien mit vier, Dänemark mit drei, Palästina, Polen und Schweden mit je zwei, England, Spanien, Ungarn, Lettland, Niederlande, Tschechoslowakei mit nur je einer Delegierten.

Genossin Chevenard begrüßte einleitend die Vertreterinnen aus allen Ländern mit herzlichen Worten. Sie sagte, die Arbeit, die wir hier leisten wollen, soll dem Wohl der Frauen aller Länder dienen. Ist es doch das gleiche Elend, die gleiche Ausbeutung, die die Frauen

weckt sind, unvergänglich und immer stärker weiterwirken werden. Gerade diese sinfonischen Konzerte konnten das erweisen; denn nicht minder ergriffen wie die Zuhörer der Musik unserer Zeit gefolgt waren, folgten sie am nächsten Tage den ewigen Worten Beethovens, zu deren Erklingen wieder Volksschöre ihre Hilfe geliehen hatten.

Ein geistvolles Intermezzo brachte der nächste Tag: Dr. J. Bach aus Wien, einer der erprobtesten Pioniere der Arbeitermusikbewegung, sprach über „Die Eroberung der Musik durch die Arbeiterklasse“. Sicherlich hat mancher der vielen und reichen Gedanken, die der Redner da entwickelte, schon lange, wenn auch unbewußt, die Gemüter beschäftigt. Aber die Art, wie Bach seinen Gedanken Ausdruck gab, wie er blitzartig beleuchtete, worauf es ankommt, wenn Musik Allgemeinut einer ganzen Menschheit und damit auch der Arbeiterklasse werden soll, war so stark und überzeugend, daß wohl die meisten zum ersten Male sich klar wurden über ihre Pflicht zu innerer Vergeistigung und über die hohen Rechte, die mit dieser schönen Pflicht verbunden sind.

Ein Chorkonzert, geboten von abermals 700 Arbeiterjüngern aus Frankfurt und Umgebung, war die Veranstaltung des nächsten Tages. Und dann, zum Schluß des Programms dieser Festwoche, kam das Schönste, kam das Unvergessliche: Acht Arbeitergesangsvereine aus acht verschiedenen Ländern vereinten sich zu einem internationalen Volksliederabend. Jeder sang in seiner Sprache, jeder sang die Lieder seines Volkes. Aber alle, alle, die viertausend Hörer und die Hunderte von Sängern verstanden sich in jeder Minute, in jedem Wort, in jedem Takt, in jedem Ton. Zum ersten Male seit dem grauenvollen Kriege, der gegen den Willen der Völker die Völker getrennt hatte, vereinten sich Menschen aus verschiedensten Ländern, um jeder für sich und alle gemeinsam Zeugnis abzulegen von ihrem Bekenntnis zur Brüderlichkeit der Menschen. Zum ersten Male trafen sich Arbeiter aus verschiedensten Ländern, um vereint dem Schönen, dem Guten, dem Edlen zu huldigen. Lautlos stießen die Grenzwälle,

die hohe Politik so weise errichtet hatte. In dieser Stunde gab es nur eins: Menschen mit gleichen Sinnen und mit gleichen Idealen. Und dieser aller Ausdruck war das Schönste, das Beste, das Edelste, was die Menschheit sich zu geben hat, was die Musik.

Soll man, darf man überhaupt anläßlich einer solchen überwältigenden Manifestation der Menschheit noch kritisch denken? Soll man als Musiker da noch abwägen, welcher Gruppe von Arbeiterjüngern der Preis gebührt? Niemals vielleicht in der Geschichte des Sozialismus ist erhabener das Evangelium der Menschheit verkündet worden wie an diesem unvergeßlichen Abend. Wohl hat der eine Verein vielleicht mehr und Besseres geboten als ein anderer. Aber in einem Punkte waren sie alle gleich: In ihrer Begeisterung, ihrem Willen zur Bekräftigung ihres Idealismus, ihrem Einsehen aller ihrer besten Kräfte. Solange solche geistigen Mächte innerhalb der Arbeiterschaft am Werke sind, solange solcher Idealismus die Arbeiter weg vom Alltag zu köstlichen Feiertagen führen kann, solange braucht keinem bange zu sein. Der Geist lebt.

Diesem Gedanken verlieh ein Meeting, mit dem an einem strahlenden Sonntagmorgen die Festwoche schloß, beredten Ausdruck. Bänderelbe und Severing verkündeten ihn aufs neue. Und zum Ausklang sangen alle die Internationale. Jeder in seiner Sprache, aber alle mit einem Herzen, alle mit einem Sinn, einem einzigen Hoffen: Brüderlichkeit, Eintracht, Menschlichkeit.

Die Arbeiterschaft kann stolz sein auf dieses Fest. Sie hat damit gezeigt, welcher großartigen geistigen Neuerungen sie fähig ist. Die Welt wird nicht darüber hinweggehen können. Dank allen, die zu dem herrlichen Gelingen der Festwoche das ihre taten. Dank vor allem den Arbeiterjüngern und insonderheit den Funktionären der Arbeiterjüngerschaft des Rhein-Main-Gaues, die so Vorbildliches geleistet haben in der Vorbereitung und Durchführung dieses Festes, das unvergänglich ein Ruhmesblatt sein wird in den Annalen der Internationalen.  
Dr. F e l i x G ü n t h e r.

aller Länder bedrückt. Wir verkörpern hier die Welt der Frau, in der wir alle Schwestern sind und wollen lernen aus den Erfahrungen aller Länder. Nach einer kurzen Begrüßungsrede der Genossin Lawrence von der sozialistischen Arbeiterinternationale und Martha Mundt vom internationalen Arbeitsamt nahm die Konferenz sofort ihre Arbeit auf. Sie beschäftigte sich erstens mit dem Arbeiterinnenschutz, Referentin Helene Burniaug, der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Frauenarbeit, Referentin Gertrud Hanna und mit der Heimarbeit, Referentin Julia Warley.

Die Frage des Arbeiterinnenschutzes und die von der Referentin vorgelegte Entschliebung, die sich nur auf die Frau in Industrie, Handel und Landwirtschaft beschränkte, löste eine sehr lebhaft diskussion aus. Während sich Henriette Crone, Dänemark, gegen die Entschliebung, die auch einen besonderen Mutterschutz fordert, wandte, weil ihr dies zu weitgehend war und „in gar zu starken Umrissen den Sonderschutz von Frauen aufzieht“, gab im Auftrage der deutschen Delegation Luise Kähler eine schriftlich formulierte Erklärung ab, daß der deutschen Delegation diese Entschliebung nicht weitgehend genug sei, weil hier „alter Gewohnheit gemäß die in der Hauswirtschaft, Forstwirtschaft, der Tierzucht, in Fischereien, in den öffentlichen Betrieben, in Kranken- und Wohlfahrtsanstalten Beschäftigten ausgeschlossen sind.“ Die deutsche Delegation forderte

1. daß alle werdenden Mütter, die im Erwerbaleben stehen, den gleichen Schutz genießen, und
2. daß alle Bestimmungen des Arbeiterinnenschutzes auf alle Personen, die Lohnarbeit verrichten, auszudehnen sind.

Nach sehr eingehender und zum Teil sehr heftiger Debatte wurde die Entschliebung Burniaug dem Antrage der deutschen Delegation entsprechend, auf alle in Lohn und Gehalt stehenden Frauen ausgedehnt und einstimmig angenommen, wobei sich die dänischen Genossinnen jedoch der Stimme enthielten.

Das Referat von Gertrud Hanna über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit, fand große Beachtung auf der Konferenz. Ein französischer Antrag, das Referat in drei Sprachen als Broschüre drucken zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Die von der Referentin aufgestellten Leitätze, die Richtlinien für die weitere Arbeit in den einzelnen Ländern geben sollen, fanden ebenfalls einstimmig Annahme. Sie werden demnächst im „Frauentell“ veröffentlicht. Eine ergänzende Entschliebung, von der österreichischen Delegation eingebracht, wurde ebenfalls angenommen. Die Diskussion bewegte sich ausschließlich im zustimmenden Sinne. Nur unsere Kollegin Friedrich-Schulz wies bei dieser Gelegenheit noch darauf hin, daß man sich auf der Konferenz vorwiegend mit der industriellen und gewerblichen Arbeiterin beschäftigt habe. Daneben aber gibt es eine Gruppe von Frauen, die keine gewerbliche und industrielle Arbeit leisten und dennoch Werte schaffen, die niemand unterschätzen wird, das sind die Krankenpflegerinnen. So wie in Deutschland, in Oesterreich und der Schweiz bereits zum Teil vorbildliche freigewerkschaftliche Organisationen für das Krankenpflegepersonal bestehen, sei zu wünschen, daß auch in anderen Ländern die freigewerkschaftliche Organisation des Krankenpflegepersonals in die Wege geleitet wird, um international einmal über die besonderen Eigenheiten dieses Berufes verhandeln zu können.

Das Referat der Genossin Warley beschränkte sich nur auf die englischen Verhältnisse und gipfelte in der Forderung nach Abschaffung und Verbot der Heimarbeit. Gegen diese Forderung trat als erste die Genossin Chevenard (Frankreich) in sehr temperamentvoller Weise auf, die es für unmöglich hält, die Heimarbeit abzuschaffen. Sie ist der Meinung, wenn die Heimarbeit der Frau entsprechend entlohnt wird, so sei diese Arbeit unter Umständen der Arbeit in der Fabrik vorzuziehen. Nachdem auch die übrigen Rednerinnen sich gegen die Abschaffung der Heimarbeit aber für die Verbesserung der Bedingungen, unter denen die Heimarbeit geleistet wird, ausgesprochen hatten, wurde unter Ablehnung der Entschliebung Warley ein Antrag der deutschen und österreichischen Delegation angenommen, dessen Wortlaut bereits veröffentlicht worden ist.

Nachdem der Kongreß noch über die weitere Zusammensetzung des Arbeiterinnenkomitees die bereits genannten Beschlässe gefaßt hat und in einer von Polen, Deutschland und Oesterreich eingebrachten Entschliebung am Tage, „an dem im Jahre 1914 der große Friedensverkünder Jaurés ermordet wurde und der sogenannte große Krieg seinen Anfang nahm“, gegen jede Politik, die zu einem neuen Kriege führen kann, einmütig protestierte, wurde der Kongreß, der auf die Organisierung der Frauen aller Länder sicher anregend und befruchtend wirken wird, mit einem herzlichen Schlußwort der Genossin Burniaug beendet.

## Unser Mitgliederstand am 1. August 1927

Die Steigerung unserer Mitgliederziffer hält an. Wir zählten im Monat Juli, dem ersten Monat des dritten Quartals, insgesamt 221 587 Mitglieder, davon sind 187 815 männlich und 33 772 weiblich. Die Zunahme beträgt gegenüber der Berichterstattung für den Monat Juni 926 männliche und 159 weibliche, insgesamt 1085 Mitglieder. Von 880 Filialen haben 200 mit 33 771 Mitgliedern nicht berichtet. — Die Arbeitslosenziffer hat gegenüber dem Vormonat eine Senkung um 249 Mitglieder erfahren. Wir zählten insgesamt 2120, darunter 491 weibliche Mitglieder. — Die Zahl der Kurzarbeiter ist um 28 Mitglieder von 272 im Vormonat auf 300 gestiegen.

Wirtschaftsbezirke bzw. Gauverwaltungen	Zahl der Mitglieder am 1. Juli 1927	Mitgliederstand am 1. August 1927			A = Ab- nahme B = Zu- nahme
		männlich	weibl.	zusammen	
1. Nordwest					
a) Bremen . . .	5 793	5 450	294	5 744	A 49
b) (Schleswig-H.) (Mecklenburg)	6 386	5 306	1 107	6 413	B 27
2. Hamburg	12 179	10 756	1 401	12 157	A 22
3. Westfalen . .	23 486	19 543	4 144	23 687	B 201
4. Rheinland . .	12 529	11 342	1 217	12 559	B 30
5. Rhein-Main	9 733	9 274	523	9 797	B 64
6. Rheinpfalz Saarland	16 803	14 032	2 749	16 781	A 22
7. Baden					
a) Karlsruhe . . .	3 537	3 156	324	3 480	A 57
b) Singen . . . . .	7 781	7 148	728	7 876	B 95
8. Württemberg	1 017	875	131	1 006	A 11
9. Bayern	8 798	8 023	859	8 882	B 84
a) München . . . .	5 599	5 132	459	5 591	A 8
b) Nürnberg . . . .	8 875	7 432	1 409	8 841	A 34
10. Thüringen	6 332	5 854	478	6 332	—
11. Sachsen	15 207	13 286	1 887	15 173	A 34
a) Dresden . . . . .	5 689	4 853	950	5 803	B 114
b) Leipzig . . . . .	13 008	10 449	2 613	13 062	B 54
c) Zwickau . . . . .	7 129	5 197	2 108	7 305	B 176
12. Mittel- deutschland	7 254	6 163	1 043	7 206	A 48
a) Magdeburg . . .	27 391	21 809	5 764	27 573	B 182
b) Halberstadt . . .	8 019	6 553	1 551	8 104	B 85
13. Hannover . . .	3 483	3 172	309	3 481	A 2
14. Schlesien	11 502	9 725	1 860	11 585	B 83
15. Brandenburg . .	6 949	6 470	606	7 076	B 127
16. Gr.-Berlin . . .	10 745	8 920	1 917	10 837	B 92
17. Pommern	7 093	6 408	828	7 236	B 143
a) Stettin . . . . .	28 624	22 146	6 478	28 624	—
b) Kolberg . . . . .	3 730	3 177	546	3 723	A 7
18. Ostpreußen	1 538	1 338	216	1 554	B 16
Einzelmitglieder	5 268	4 515	762	5 277	B 9
	9 267	8 359	999	9 358	B 91
	103	66	45	111	B 8
	220 502	187 815	33 772	221 587	B 1085

## Unsere Jugend

### Zur gewerkschaftlichen Jugendfrage

Die Gewerkschaften bemühen sich, einen gewerkschaftlichen Nachwuchs heranzuziehen, der die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften mitzulösen imstande sein soll. Der Notwendigkeit der Erfassung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge ist heute von

Die Arbeiterklasse . . . hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform herauszuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.

Karl Marx.

fast allen Gewerkschaften Rechnung getragen worden. Nach dem Jahrbuch des ADGB für 1925 sind für 1925 im ganzen Reich 128 185 Jugendliche, in 19 Verbänden organisiert, statistisch festgestellt. Da 20 andere Verbände kein statistisches Material über das organisatorische Verhältnis der Jugend in ihren Verbänden beigebracht haben, so darf man wohl die Zahl des Jugendsekretariats des ADGB von 267 000 Jugendlichen insgesamt als halbwegs zutreffend annehmen.

Für Berlin sind die entsprechenden Ziffern 1925 10 483 Jugendliche, 1926 12 350 Jugendliche. Es ist also eine Zunahme von 1 867 Jugendlichen zu verzeichnen. Diesmal ist auch der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband mit 8 Jugendlichen verzeichnet. Man muß jedoch annehmen, daß bei einer Durchsicht der Mitgliederkartei sicher eine ganz andere Zahl herauskommt, denn es ist sehr unwahrscheinlich, daß unter 27 560 Mitgliedern nur 8 Jugendliche erfaßt seien. Der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes für 1926 bestätigt diese Annahme insofern, als er sagt, daß durch mehrmaliges Umfragen etwa 4000 bis 5000 Jugendliche in unseren Reihen festgestellt wurden, die sich zwischen 14—21 Jahren befinden.

Wenn nun tatsächlich in anderen Filialen schon Jugendsektionen bestehen, so ist es bedauerlich, daß wir in Berlin noch nicht soweit sind. Es ist sehr schade, daß man aus den im Geschäftsbericht enthaltenen Statistiken nicht ersehen kann, wieviel Jugendliche dem Verbandsverbande insgesamt angehören. Es wäre vielleicht empfehlenswert, dies für 1927 zu tun. Des weiteren wäre es interessant, wenn in den Beschäftigungsstatistiken auch eine Rubrik für Jugendliche von 14—18 Jahren eingefügt würde.

Für die Erfassung der Jugendlichen ist vor allem einmal die Schaffung von Unterlagen durch die Vertrauenspersonen notwendig. In Betracht kommen zuerst die 14—18jährigen, darüber hinaus kann man dann evtl. auch die 18—21jährigen zusammenfassen. Eine sofortige Erweiterung der Altersgrenze auf 21 Jahre wäre vom pädagogischen und auch vom jugendpflegerischen Standpunkt sehr bedenklich. Neben der Erfassung der Jugendlichen in den städtischen Industriebetrieben scheint für die landwirtschaftlichen Betriebe noch ein reiches Betätigungsfeld in dieser Frage offen zu liegen.

Es ist natürlich klar, daß man bei der Agitation unter den Jugendlichen nicht die sonstigen Mittel der Werbung anwenden kann. Um den Jugendlichen wird heute von allen Seiten geworben. Die bürgerlichen Sport- und Turnvereine, der Arbeitersport, das Reichsbanner, der KJVB, die Rote Jungfront usw., usw., alle kommen und bringen auf ihn mit mehr oder weniger Erfolg ein. Da erscheint es, als wenn die Gewerkschaften dabei viel zu trocken und nüchtern sind, um den Jugendlichen für ihre Ideale zu begeistern, und daß ihre Mittel nicht ausreichen, um alle anderen Lockungen zu übertönen. Und doch gibt es ein Mittel der gewerkschaftlichen Agitation, daß allerdings schon oftmals hart an der Scheide stand, begraben zu werden. Das Mittel, das wahren Massengeist atmet: die Kollegialität. Wenn der Erwachsene in dem heranwachsenden Lehrling den zukünftigen Berufsgenossen sieht oder in dem jugendlichen Arbeiter den Klassengenossen und darüber hinaus den vollwertigen Menschen, dessen menschliche Qualitäten er achtet und schätzt, dann kann er bald den Jugendlichen für sich gewinnen. Und das ist das ganze Problem der Jugendagitation, daß die Jugendlichen sich zurückgesetzt, als Menschen zweiter Klasse betrachtet fühlen, und daß sie dankbar sind jedem, der sie ernst nimmt und sie zu verstehen sucht. Aber es kommt auch noch ein anderes hinzu. Wenn man einen Jugendlichen gewonnen hat, so bedarf es auch des Bewußtseins, daß man ihn viel schneller verlieren kann, nämlich indem man ihn enttäuscht. Und dann ist er für uns und auch oft für sich selbst verloren. Denn der Zweifel, den er vorher gehegt, vergrößert sich dann zur Gleichgültigkeit oder noch weiter zur Verzweiflung, Mißachtung und Verachtung.

Wir wissen, daß die gemeinsame Arbeit eines der stärksten Bande ist, die diese Menschen zusammenschweißt. Die Idee des Klassenkampfes, des Sozialismus ist geboren aus der Arbeit. Wenn wir alle in der Arbeit stehen, ganz gleichgültig, ob am Schraubstock, am Handwagen oder an der Maschine, immer sind wir, ob Lehrling, ungelerner Arbeiter oder Handwerker, in erster Linie Menschen, Arbeiter, Proletarier. Und als solche gehören wir alle einer Klasse an, derjenigen der Besitzlosen. Wir wissen weiter, daß alle Erfolge alles Erreichte, Erklämpfte ist. Und zwar erkämpft durch das geschlossene Zusammengehen aller organisierten Arbeitsgenossen.

Wenn wir uns das immer vor Augen halten und selbst üben, dem Erwachsenen wie dem Jugendlichen gegenüber, dann haben wir ein Mittel für die Werbung der Jugend, an das keins der bürgerlichen Organisationen heranreicht, dann haben wir auch die Jugend. Diese Erkenntnis ist notwendig außer den organisatorischen

Maßnahmen, um die Jugend aus den Klauen der nationalistischen Propaganda herauszureißen und sie ihren Massenorganisationen zuzuführen. Wenn wir uns so den Jugendlichen gegenüber verhalten, dann wird es nicht lange dauern und die Filiale Berlin hat auch eine Jugendsektion.

Wilh. Liljeborg.

## ♦ Arbeiter- und Angestelltenversicherung ♦

Der 31. Deutsche Krankenkassentag tagte vom 24. bis 26. Juli in Königsberg. Anwesend waren 275 Vertreter der Arbeitgeber, 669 der Versicherten und 460 Angestellte. Zum Geschäftsbericht führte der geschäftsführende Vorsitzende des Verbandes, Lehmann, u. a. aus: Mit seinen 10½ Millionen Versicherten umfaßt der Verband mehr als die Hälfte der Krankenkassen im Reich. Fast 96 Proz. der Kassen haben die Familienhilfe eingeführt. Unbekümmert um die Angriffe wurde die Genesendensfürsorge ausgebaut, ebenso die Kinder- und die Wädersfürsorge. Diese Arbeit wird fortgesetzt. Möglich war sie nur durch die Zusammenfassung der Kräfte in großen Organisationen. Leider sind Gruppen am Werke, die diese Zusammenfassung zerstören wollen. In großer Zahl werden kleinste Innungskrankenkassen errichtet, ohne jede sachliche Berechtigung und Notwendigkeit. Besonders der preußische Wohlfahrtsminister kümmert sich nicht im geringsten um die Entschliebung des Reichstages, die scharfe Nachprüfung der Berechtigung der Innungskrankenkassen verlangt. Die Krankenversicherung ist nicht dazu da, die Innungen zu stützen. Außerordentlich bedauern müssen wir, daß wiederum der Gedanke der berufsständigen Versicherung in die Krankenversicherung aufgenommen ist. Das bedeutet kein Ruhmesblatt für die deutsche Gesetzgebung. Wir werden nicht aufhören, diesen Gedanken zu bekämpfen. Ebenso bedauerlich sind die Angriffe, die der Reichswehrminister in der Militärärzterfrage gegen die Kassen gerichtet hat. Wir haben nichts gegen die Militärärzter, aber wir können ihnen auch kein Vorrecht bei der Stellenbesetzung zuerkennen. Außerdem bestand für die Kassen wegen des Sperrgesetzes gar keine Möglichkeit, Militärärzter einzustellen. Mit den Zahnärzten hoffen wir zu einer Verständigung zu kommen, ebenso mit den Optikern. Scharf rechnete dann der Redner mit jenen Gruppen ab, die die Presse mißbrauchen, um gegen die Kassen und besonders den Hauptverband zu hetzen. Duzende von Unwahrheiten können wir diesen Herrschaften nachweisen. Bedauerlich ist, daß jetzt auch die Unternehmerorganisationen ohne Nachprüfung dies „Material“ übernehmen. An die Arbeitgeber richtete der Redner einen Appell, sich nicht beirren zu lassen in der Mitarbeit in den Kassenorganen. Es wäre tief zu beklagen, wenn die Mitarbeit mancher Kreise eine „Kluft zwischen Versicherten und Arbeitgebern aufreißen würde“. — Erfreulich war es, daß in der Diskussion auch Vertreter der Arbeitgeber sich energisch gegen die Heßeausreden, die gegen die Krankenkasse getrieben wird und daß sie den Willen bekundeten, einmütig mit den Versicherten auf dem Gebiete der Krankenversicherung zusammenzutreten.

Dann sprach Dr. Stein vom Internationalen Arbeitsamt über: „Die Internationale Arbeitskonferenz zur Krankenversicherung“. Ihm folgte als Redner der Generalsekretär des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung, Professor Dr. Adam über: „Sozialhygienische Volksbelehrung“, dem Direktor Dr. med. Schwéers vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin mit einem Vortrag über „Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsfürsorge“ folgte. Nötig sei die Zusammenarbeit von Kommunen und Krankenkassen. Sie vermeide die unnötige Doppelarbeit. Daß dadurch die Kassen den Kommunen einen Teil ihrer Pflichtaufgabe abnehmen, sei nicht zu befürchten, ebensowenig, daß nun die Kommunen ihre Mehrleistungen einschränken würden. Gefährlich sei es, die planmäßige gesundheitliche Ueberwachung zu zerreißen, sei es nach Versicherten und Nichtversicherten, sei es nach Spezialgebieten. So ist es unmöglich, Tuberkulosefürsorge isoliert zu betreiben. Ähnlich liegt es bei den Geschlechtskrankheiten. Das alles sei ein Grund, eine Arbeitsgemeinschaft aller Träger der Versicherung, der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege zu bilden. Dabei sei es zunächst von untergeordneter Bedeutung, welche Form die Organisation annimmt. Die Führung solle der geeignete Träger übernehmen; die finanzielle Leistung dürfe dabei nicht unbedingt entscheidend sein. — Nach einem Referat des Chefarztes Dr. Pryll referierten der Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Dr. Roeschmann, über die „Mitwirkung der Krankenkassen bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, Prof. Dr. Langstein, Berlin, über „Säuglingsfürsorge und Krankenkassen“. — Der nächste Redner Prof. Dr. Chajes, der über die „Bekämpfung der Berufskrankheiten“ sprach, legte folgende Leitsätze vor:

„Die Mitwirkung der Krankenkassen bei der Durchführung der Verordnung des RM. vom 12. Mai 1925 erstreckt sich zunächst auf die Erfassung solcher Kranken, die an einer gewerblichen Berufskrankheit leiden, die unter diese Verordnung fällt. Im Interesse der Versicherten wie der Krankenkassen muß möglichst schnell eine genaue Untersuchung und Begutachtung der Erkrankten durch gewerbehygienisch erfahrene Ärzte

erfolgen. Die Mitwirkung der Berufsgenossenschaften ist erwünscht. Die Feststellung, ob eine unter die Verordnung fallende Berufskrankheit vorliegt oder nicht vorliegt, sichert die erforderliche Maßnahme, bringt auch in physischer Hinsicht eine richtige Einstellung des Patienten. Diese Untersuchungen geben auch, und zwar je schneller und gründlicher sie durchgeführt werden um so besser, die Unterlagen zu den Gutachten für die Spruchinstanzen. Die Erfahrungen der von den Krankenkassen eingerichteten Untersuchungsstellen in Groß-Berlin haben gezeigt, daß die an gewerblichen Berufskrankheiten Erkrankten und ihre Ansprüche mit geringen Kosten erfasst und gesichert werden können. Für alle Krankenkassen sollte daher die Möglichkeit geschaffen werden, in ähnlicher Weise die Gewerbetrauten nachuntersuchen zu lassen, und zwar entweder ambulant oder in einer besonders dazu eingerichteten klinischen Abteilung. Eine Ueberwachung der gewerbetrauten oder einer Gewerbetrautenkrankheit verdächtigen Versicherten durch periodische Untersuchungen, um einer Erkrankung oder ihrer Verschlimmerung vorzubeugen, erscheint geboten. Zusammenarbeit zwischen Gewerbeaufsichtsamtern und Krankenkassen kann Vorbeugungsmaßnahmen wirksam unterstützen."

Nach einem Referat des Geschäftsführers Bohlmann über die "Neuwahlen bei den Krankenkassen" behandelte als letzter Referent Geschäftsführer Dr. Kraß die "Arztfrage in der Krankenversicherung". Seinem Referat lagen nachstehende Leitsätze zugrunde:

1. Gesundheit und Kraft des deutschen Volkes hängen wesentlich von einer zweckmäßigen ärztlichen Versorgung der Krankenversicherung ab. In gemeinsamer Arbeit zwischen Ärzten und Krankenkassen ist daher eine Regelung zu suchen, die, unter billiger Berücksichtigung der Wirtschaftslage, Kranke, Ärzte und Kassen möglichst zufriedenstellt. — 2. Die neuerlichen unschönen und völlig ungerechtfertigten Angriffe der Ärzteorganisation auf die Krankenkassen gefährden diese wünschenswerten Zusammenarbeit auf das schwerste. Die Krankenkassen werden sich im Interesse ihrer Versicherten durch solche Angriffe hoffentlich nicht davon abhalten lassen, für eine möglichst hochwertige Form der ärztlichen Versorgung im Wege der Gemeinschaftsarbeit einzutreten. — 3. Das gegenwärtige Angebot von Ärzten weit über das Bedürfnis hinaus sollte durch Eindämmung des Zustroms zum Medizinstudium herabgemindert werden. — 4. Die ungehinderte Zulassung von Ärzten zur Kassenpraxis ist unter den augenblicklichen Verhältnissen unmöglich. Die Kassen dürfen nicht verpflichtet werden, mehr Ärzte zu beschäftigen, als zu einer hochwertigen Behandlung der Versicherten erforderlich sind. Wo die gegenwärtigen Zulassungsbestimmungen den Verhältnissen nicht gerecht werden, wäre die Zahl der zuzulassenden Ärzte nach dem wirklichen Bedürfnis gemessen an der Zahl der Kranken zu ermitteln. — 5. Bestimmende Verhältnisse können erst geschaffen werden, wenn die Ueberbeschäftigung einzelner Ärzte beseitigt und auf eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung aller zur Kassenpraxis zugelassenen Ärzte größeres Gewicht gelegt wird. Dies kann erreicht werden durch eine angemessene Begrenzung der Zahl der Behandlungsfälle und der Leistungen, die auf einen Arzt entfallen dürfen, und durch Ausbau des Systems der Vertrauensärzte, die dafür zu sorgen haben, daß jeder Kranke unverzüglich bei für ihn zweckmäßigsten Behandlung, jeder Nichtkranke aber seiner Beschäftigung zugeführt wird. Die Mitarbeit der Ärzteorganisation auf diesem Gebiete würde eine positive Befriedigung herbeiführen. — 6. Die Honorierung der Ärzte nach Einzelleistungen entspricht nicht den Bedürfnissen der Kassenpraxis. Sie wäre zu ersetzen durch eine Pauschale. — 7. Durch gemeinsame Arbeit von den Kassen und Ärzten ist die Güte der ärztlichen Behandlung mehr als bisher zu steigern. Der ärztliche Nachwuchs ist besser als bisher in der Versicherungs- und sozialen Medizin wie in der sozialen Hygiene auszubilden. Größte Wirtschaftlichkeit ist vor allem zu sichern durch Ausbau der Prüfungsseinrichtungen. Die zur Prüfung der kassenärztlichen Rechnungen und Leistungen bestellten Ärzte müssen von den Kassenärzten wirtschaftlich und beruflich unabhängig sein. — 8. Mit einer Verbesserung der ärztlichen Behandlung ist strengste Wirtschaftlichkeit durchaus vereinbar. — 9. Eine ihren besonderen Bedürfnissen gerecht werdende Beurteilung der Krankenkassen durch die Ärzteschaft möchte sich in einer stärkeren Heranziehung der Kassenärzte zur verantwortlichen Mitarbeit an den Aufgaben der Krankenversicherung auswirken. Derartige oder bezügliche Arbeitsgemeinschaften zwischen Ärzten und Kassen wären hierfür die geeignete Grundlage."

In der Aussprache hierüber bekannte sich Verwaltungsdirektor Rhein, Bremen, zur friedlichen Einigung mit den Ärzten. Ihren Friedenswillen haben die Kassen immer betont. Von den Ärzten muß jedoch verlangt werden, daß sie eine andere Einstellung den Kassen gegenüber gewinnen. Eine Beteiligung der Ärzte an den Kassenorganen lehnt der Redner ab.

## ◆ Reichs- und Staatsarbeiter ◆

15. Vollziehung des Hauptbetriebsrats im Reichsverkehrsministerium, Abteilung für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen. Der neugewählte Hauptbetriebsrat trat zur Vornahme der notwendigen Wahlen der Körperschaften am 28. Juli 1927 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Anwesend waren sämtliche Hauptbetriebsratsmitglieder. In den Betriebsausschuß wurden einstimmig gewählt: Fritsche, Harburg, 1. Vorsitzender, Pandow, Hannover, 2. Vorsitzender, Behrens, Brake i. D., Beisitzer. In den

Geschäftsführenden Ausschuß wurden Fritsche und Pandow einstimmig gewählt und deren Befreiung vom Dienst zur Führung der Geschäfte beim Reichsverkehrsministerium beantragt. — Der anwesende Vertreter des Reichsverkehrsministeriums erklärte hierzu, daß eine dauernde und völlige Befreiung eines zweiten Mitgliedes des Geschäftsführenden Ausschusses nach Ansicht des Reichsverkehrsministeriums nicht mehr für erforderlich gehalten werde und für dieses Mitglied daher nur eine Dienstbefreiung von Fall zu Fall in Betracht käme. Die Vollziehung des Hauptbetriebsrats und die anwesenden Organisationsvertreter erklärten einmütig, daß nach ihrer Ansicht nach wie vor die Freistellung vom Dienst zweier Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses unbedingt erforderlich sei, wenn die Aufgaben, die der Hauptbetriebsrat und insbesondere der Ausschuß gelegentlich zu erledigen hat, nicht leiden sollen. Die anwesenden Vertreter der Organisationen wünschten deshalb eine Aussprache mit dem Herrn Reichsverkehrsminister persönlich und beantragten deren umgehende Herbeiführung, was von dem Sachbearbeiter des Reichsverkehrsministeriums zugesagt wird. — Zu der Reorganisation der Betriebskrankenkassen erklärte sich nach eingehender Aussprache die Vollziehung des Hauptbetriebsrats mit einer Zusammenlegung der Krankenkassen im Bezirk der einzelnen Wasserstraßendirektionen im Prinzip einverstanden, unter der Voraussetzung, daß einheitliche Musterstatuten für diese Krankenkassen aufgestellt und mit dem Hauptbetriebsrat vor ihrer Herausgabe und vor der Zusammenlegung der Kassen eingehend beraten werden. Grundbedingung für die Zusammenlegung in den Bezirken ist, daß eine materielle Verschlechterung der Mitglieder des gegenwärtig an sich schon nicht erfreulichen Zustandes bei den jetzigen kleinen Betriebskrankenkassen nicht eintreten darf. — Zu den Anträgen des Betriebsrats des staatlichen Bauhofes in Breslau auf Gewährung von Freizeit zur Teilnahme an der Verfassungsfeier und Herausgabe von generellen Richtlinien hierzu gab der anwesende Vertreter des Reichsverkehrsministeriums die Erklärung ab, daß bereits vorgesehen sei, anzuordnen, für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung am Tage der Verfassungsfeier — 11. August — den Dienst so zu regeln, daß ihnen die Teilnahme an den örtlichen Feiern ermöglicht wird, soweit es der Dienst irgendwie gestattet. — Zu dem Antrag aus dem Bezirk Hamburg auf Erlass der Pacht für von der Reichswasserstraßenverwaltung gepachtete Ländereien, bei denen das Hochwasser die Ernte teilweise oder ganz vernichtet hat, wird vom Vertreter des Reichsverkehrsministeriums darauf hingewiesen, daß bereits im vergangenen Jahre bei ähnlichen Vorgängen die Bezirke Stettin, Magdeburg und Breslau Weisung bekommen haben, daß grundsätzlich Pachtzuschuß aus dem angegebene Gründe nicht erfolgen kann, daß aber, soweit Bedienstete der Reichswasserstraßenverwaltung als Pächter durch den Ausfall der Nutzung in eine Notlage geraten seien, ihnen im Wege der Unterstützung geholfen werden könne. — Zu dem Antrag des Betriebsrats Hannover auf Erhöhung des Unterstützungsfonds für Arbeiter und Angestellte wurde von dem Vertreter des Reichsverkehrsministeriums darauf hingewiesen, daß den Mittelbehörden wohlwollende Behandlung der Unterstützungsanträge bereits des öfteren dringend nahegelegt worden ist. Der Antrag wird zum Anlaß genommen, eventuell eine Verstärkung des bestehenden Unterstützungsfonds für Arbeiter und Angestellte herbeizuführen. — Zu dem Antrag des Betriebsrats beim Wasserbauamt Meißen auf Gewährung des Beförderungszuschusses für die auf der Strecke zwischen Meißen und Riesa beschäftigten Arbeiter wird Klärung der Angelegenheit sowohl in den Bezirken Meißen und Riesa als auch für ähnliche Fälle im Bezirk der Oberstrombauverwaltung von dem Verwaltungsvertreter zugesagt. — Der Antrag des Betriebsratsvorsitzenden Kummel auf weitere Dienstbefreiung soll bei der nächsten Bereisung durch den Ministerialvertreter seine Erledigung finden. — Zu dem Antrag des Betriebsratsmitgliedes Petersen auf allgemeine Regelung des Reisekostenvorschusses wird Erledigung im Sinne des Antrages zugesagt. Sie ist inzwischen durch Erlass des Reichsverkehrsministers vom 4. August 1927 — W. II. P. 8. 3632 — erfolgt. — Der Antrag des Betriebsrats Stettin auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Betriebsratsmitglieder findet seine Erledigung durch die demnächst zur Veröffentlichung kommenden Änderungen zur Betriebsräteverordnung. — Zu dem Antrag der Belegschaft der Baustrecke Brieg II auf Preisermäßigung bei Hergabe fiskalischen Geländes für Siedlungszwecke der Wasserbaubediensteten wird Ueberprüfung der Angelegenheit und evtl. Entscheidung im Benehmen mit dem preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zugesagt. In der Arbeiter- und Angestellten-Pensionskassenangelegenheit ist beim Reichsverkehrsministerium die Frage aufgetreten, ob es für die Verwaltung zweckmäßiger sei, ihre Angestellten bei einer neu einzurichtenden Abteilung C der Arbeiterpensionskasse der Reichsbahn oder aber bei der neu einzurichtenden Versorgungskasse des Reiches als Zusatzversicherung zu versichern. Mit Rücksicht darauf, daß bereits die Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung bei der Arbeiterpensionskasse B der Reichsbahn in Zusatzversicherung sind, ist es dem Reichsverkehrsministerium sympathisch, auch seine Angestellten bei dieser Kasse zu versichern, damit es bei Ausführung der Beiträge und den notwendigen Verhandlungen nur mit einer Kasse zu tun habe. — Der Hauptbetriebsrat und die

Gewerkschaften haben in der Besprechung eingehend das Für und Wider der Zuführung der Reichswasserstraßenangestellten zu den beiden Klassen erörtert und sind zu dem Entschluß gekommen, zu dieser Angelegenheit erst endgültig Stellung zu nehmen, wenn einwandfrei feststeht, welche Leistungen einer etwa einzurichtenden Zusatzversicherungskasse für Angestellte bei der Reichsbahn garantiert werden und wie weit bei der Verwaltung dieser Klasse den Angestellten Mitwirkungsrecht eingeräumt wird. Die Klärung dieser Angelegenheit soll etwa bis Mitte September 1927 erfolgen.

Mitwirkung der Betriebsräte bei Bemessung der Höhe der Unterstufungen vom Reichswehrministerium abgelehnt. In letzter Zeit sind beim Verbandsvorstand wiederholt Klagen, besonders aus dem Bereiche des Reichswehrministeriums, eingegangen, wonach die Dienststellen bei Stellung von Unterstützungsgebeten dem Betriebsrat keine Mitteilung zugehen lassen bzw. ihn vor der Gewährung der Unterstützungsätze gutachtlich hören. Das hat den Verbandsvorstand veranlaßt, erneut beim Reichswehrministerium einen entsprechenden Antrag zu stellen. Er ist dabei weitergegangen und hat nicht nur die Anhörung, sondern auch die Mitwirkung des Betriebsrates verlangt. Das hat man leider abgelehnt und dem Verbandsvorstand unter dem 23. Juli 1927 nachstehendes Schreiben zugehen lassen:

„Reichswehrministerium (Heer). Nr. 712. 7. 27. V. 1.

Die unterstellten Dienststellen sind wiederholt auf die Beachtung der gesetzlichen, tariflichen und sonstigen Bestimmungen bei Behandlung von Arbeiter- und Angestelltenangelegenheiten hingewiesen worden. Es muß also angenommen werden, daß auch bei Vorlage von Unterstützungsanträgen für Arbeiter und Angestellte bestimmungsgemäß die gesetzlichen Betriebsvertretungen gehört werden. Eine Mitwirkung bei Bemessung der Höhe der Unterstufungen kann ihnen nicht zugestanden werden. Es wird in dieser Beziehung auf das Schreiben vom 11. April 1927 Nr. 1057. 8. 27. V. 1 Bezug genommen. Bevor daher nicht die Einzelfälle angegeben werden können, in denen hiervon abgewichen worden ist, vermag das Reichswehrministerium nichts zu veranlassen.“

Die Betriebsräte müssen nun überall darauf hinwirken, daß sie bei von Kollegen eingereichten Unterstützungsgebeten gutachtlich gehört werden und müssen, sofern bei den Dienststellen Ungerechtigkeiten Platz greifen sollten, dem Verbandsvorstand jeden Einzelfall sofort mitteilen.

### ♦ Aus unserer Bewegung ♦

Die Gaukonferenz Mecklenburg am 24. Juli 1927 in Güstrow umfaßte 22 Delegierte aus 19 Filialen, 5 auswärtige Gäste, 4 Gauvorstandsmitglieder; außerdem waren anwesend Wirtschaftsbezirksleiter Beger-Hamburg sowie eine Anzahl Güstrower Kollegen als Gäste. — Kollege Mähl gab zunächst den Geschäftsbericht. Er erläuterte zuerst die eingetretenen tariflichen Änderungen, legte dann klar, daß es nötig gewesen ist, den Bezirkstarif wegen der vereinbarten Protokollklärung zu kündigen. Er sagt, daß er versucht habe, durch persönliche Rücksprache eine geeignete Verhandlungsgrundlage zu bekommen, und stellte fest, daß uns der Neuabschluß Verschlechterungen nicht brachte; dagegen sei es möglich gewesen, etliche kleine Verbesserungen durchzubekommen. Er schildert sodann die Arbeit der Gauleitung bei der Erreichung der Weihnachtshilfe und bei der Lohnbewegung zum 1. April 1927 und sagt, daß er beide Sprüche der Kollegenschaft zur Abstimmung unterbreitet habe, daß aber, während der Spruch der Bezirkschiedsstelle abgelehnt worden sei, der nur ganz unwesentlich verbesserte Spruch der Zentralschiedsstelle von der Kollegenschaft angenommen wurde. Die mit dem Schlichter geführten Verhandlungen haben dazu geführt, daß auch der Arbeitgeberverband den Spruch der Zentralschiedsstelle annahm, nachdem er erst versucht hatte, Verschlechterungen durchzubekommen. Kollege Mähl ging dann auf die Einzelverhandlungen mit den Städten ein und sagte, daß es möglich war, durch Hilfe der Schlichtungsausschüsse den Kollegen in diesen Städten ihre bisherigen Rechte zu erhalten und den Reichsmanteltarif durchzubekommen. Die Folge würde sein, daß diese Städte dem Arbeitgeberverband wieder beitreten würden, was nur zu begrüßen wäre. — Uebergehend zu den organisatorischen Fragen berichtete Kollege Mähl, daß unter den Amtswegewärtlern die Agitation aufgenommen sei. Es soll mit dem Mecklenburgischen Nennerverband ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Die Mitgliederbewegung habe eine Zunahme von 259 ergeben, woran alle Filialen mit Ausnahme von Rostock und Schönberg beteiligt sind. Diese beiden Filialen verzeichnen Abnahme. Die Gaukasse (Güstrow) hat eine Einnahme von 1084,28 Mk. und eine Ausgabe von 679,85 Mk. gehabt. Es ist demnach ein Kassenbestand von 404,43 Mk. vorhanden. Auch die Kassenverhältnisse der Filialen haben sich weiter günstig entwickelt. — Wirtschaftsbezirksleiter Beger berichtete dann über die Organisationsverhältnisse im Wirtschaftsbezirk. Die Wasserbauarbeiter bilden eine beachtliche Gruppe in unserer Organisation. Bei den Ausführungen über die Reichsarbeiterlöhne kommt er zu dem Schluß, daß die nur zentral geführten Lohnverhandlungen nicht zum Vorteil für die Kollegen sowohl als für die Agitation unter den Reichsarbeitern sich auswirken, er wünscht, daß die Bezirke darin etwas mehr Bewegungsfreiheit be-

kommen. Allein schon, um die Reichsarbeiter mehr für die Bewegung zu interessieren. Er betrachtet die jetzigen Reichsarbeiterlöhne nicht nur allein als eine Gefahr für unsere Gemeindeförderbewegung, sondern als eine Gefahr für die Lohnbewegungen überhaupt. Für die Staatsarbeiter hätte wenigstens die weit höhere Weihnachtshilfe mit Hilfe des jetzigen Ministeriums noch herausgeholt werden können. Für das Pflegepersonal sei es außerdem möglich gewesen, mit Hilfe des Finanzministers Genossen Mähl die Teuerungszuschläge für Schwerin und Rostock von 5 resp. 8 Proz. auf einheitlich 13 Proz. zu bringen. Nach reichlicher Aussprache, an der sich die Kollegen Röppl-Wismar, Neger-Rostock, Walzog-Schwerin, Bohrmann-Wismar, Helms-Warnemünde beteiligten, sowie nach dem Schlußwort des Kollegen Mähl folgte einem Referat von Beger über das Arbeitsgerichtsgesetz wurde folgender Antrag angenommen:

Die am 24. Juli in Güstrow tagende Gaukonferenz beschließt, die Bezirksleitung wird beauftragt, eine befähigte Hilfskraft für den Gauabschnitt Mecklenburg vom Hauptvorstand zu erwirken.

Die Gaukonferenz Schleswig-Holstein am 31. Juli in Schleswig war von etwa 40 Delegierten besucht. Als Vertreter der Stadt Schleswig begrüßte Beigeordneter Mielke die Konferenz; Genosse Weiß richtete für den Ortsausschuß des NGB. Worte der Begrüßung an die Delegierten. — Gauleiter Mähl streifte in seinem Geschäftsbericht zunächst die letzte Lohnbewegung der Gemeindeförderbewegung. Eine Einigung auf dem Verhandlungswege war nicht zu erzielen. Der Schiedsspruch der Bezirkschiedsstelle wurde von beiden Parteien abgelehnt, so daß der Zentralschiedsstelle entscheiden mußte. In den Krankenanstalten ist die Verkürzung der Arbeitszeit resp. der Dienstbereitschaft noch nicht gelungen. Dagegen gelang es, für das Wirtschaftspersonal der Provinzialheilanstalten eine Lohnbewegung erfolgreich durchzuführen. Die Ruhegehörordnung ist noch sehr reformbedürftig. Bedauerlich ist vor allem, daß die älteren Kollegen meist leer ausgehen. Die Kollegen müssen in den einzelnen Städten einen Kampf unternehmen. Schleswig ist die einzige Stadt, die noch keine Ruhegehörordnung hat. Jetzt ist der Antrag eingereicht und wird hoffentlich auch Erfolg haben. Günstig ist die Ruhegehörordnung der Stadt Neumünster. Auch für die Wegewärter des Landesstellen Lübeck ist jetzt eine Ruhegehörordnung geschaffen. — Wirtschaftsbezirksleiter Beger-Hamburg ist mit der Mitgliederzunahme nicht zufrieden. Er bespricht in seinem Bericht besonders die Verhältnisse am Kanal. Für die Reichswasserstraßenarbeiter werden die meisten Lohnbewegungen geführt. Der Fortfall der Sozialzulagen ist nicht glücklich gewesen. Bei den Betriebsrätewahlen, die für diese Arbeiterkategorie besondere Bedeutung haben, ist es gelungen, den Betriebsrat zu erobern. Neuerdings nehmen wir uns der Reichsverwaltungsarbeiter an. — An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Weiß-Brunsbüttelkoog, Weber-Neumünster, Iversen-Riel, Emte-Scheffelt, Angrie-Itzehoe, Reich-Riel, Junge-Grüntal, Bornhöft-Rahburg, Theen-Neumünster und Paulsen-Rendsburg. Beigeordneter Mielke stellte für die Stadt Schleswig eine günstige Regelung der Ruhegehörangelegenheit in Aussicht. Im übrigen Klang aus der Diskussion folgendes heraus: Die fortschreitende Teuerung hat die Lohnerhöhung längst wieder weitgemacht. Die Gauleitung muß versuchen, neue Lohnverhandlungen einzuleiten. — Kollege Mähl stellt in seinem Schlußwort fest, daß Kritik an der Tätigkeit der Gauleitung nicht geübt ist. Er weist das von Iversen gebrauchte Schlagwort „Verhandlungsmaschine“ entschieden zurück. Er verweist auf die Schwierigkeiten bei Lohnverhandlungen und führt aus, daß die Organisation jederzeit in der Lage ist, einen Kampf auf der ganzen Linie zu führen, wenn es die Kollegen fordern, verlangt aber, jeden Schritt genau zu prüfen; denn der Kampf ist leicht entbrannt und jeder muß die Folgen ins Auge fassen. — Die Abrechnung der Gaukasse (Schleswig-Holstein) ergab Einnahme 2595,49 Mk., Ausgabe 1668,09 Mk., bleibt Kassenbestand 927,40 Mk. — Kollege Lippert-Berlin referierte dann über das Arbeitsgerichtsgesetz.

### ♦ Internationale Rundschau ♦

Abrüstungsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus. Die Kommission VIII des Internationalen Gewerkschaftskongresses unterbreitete folgende Entschliebung, die auch vom Kongreß angenommen wurde:

„Der Kongreß erklärt, daß die Arbeiterbewegung der entscheidende Faktor im Kampfe für den Frieden, das wichtigste Element der Annäherung der Völker ist. Nur sie verkörpert die Macht, die berufen ist, die Kriegspläne der Herrschenden für immer zunichte zu machen.“

Der Kongreß fordert daher alle Kriegsgegner und Freunde der Völkerfriedensolidarität auf, die Aktionen, die die Arbeiterorganisationen im Kampfe gegen die Völkerverbeugung führen, zu fördern und wirksamer zu gestalten. Der Kongreß erklärt, daß die Grundzüge, die auf dem Wiener Kongreß für den Kampf gegen den Krieg aufgestellt wurden — darunter auch die Proklamierung eines Generallstreiks — auch heute noch ihre volle Geltung haben. Um sie im Falle einer Kriegsgefahr unmittelbar wirksam zu machen, haben die nationalen und internationalen Arbeiterorganisationen die Pflicht, diese Grundzüge möglichst eingehend zu studieren und zu propagieren. Der Kongreß ruft in Erinnerung, daß es Aufgabe des IGB. ist, eine fortgesetzte Friedenspropaganda zu entwickeln und dabei

alle verfügbaren Mittel anzuwenden (Ausrufe, Broschüren, Plakate u. dgl.). Der Kongress fordert ganz besonders die Mütter und Jugenderzieher auf, die heranwachsende Generation im Geiste des Völkerfriedens zu erziehen, die Grundzüge der Menschlichkeit und Brüderlichkeit in ihr wachzurufen, damit in einer nahen Zukunft die Völkerverböhnung lebendige Wirklichkeit werde. Der Kongress bekräftigt das Prinzip der Schiedsgerichte und die Notwendigkeit der obligatorischen Schlichtung aller zwischen den Nationen sich ergebenden Konflikte durch den Völkerbund. Er fordert auch ganz besonders auf, dafür zu sorgen, daß die Konflikte im fernem Osten einer Lösung im Sinne der Gerechtigkeit und des Friedens zugeführt werden. Der Kongress erinnert daran, daß die Friedensverträge, die einzelnen Länder entworfen haben, die Regierungen, die diese Verträge mit unterschrieben haben, verpflichten, den Weg der Abrüstung zu beschreiten. In diesem Geiste und um das Wert der allgemeinen Abrüstung zu beginnen, fordert der Kongress die Landeszentralen auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Vertreter ihrer Länder beim Völkerbund Maßnahmen durchsetzen, die der privaten Erzeugung von Waffen und Kriegsmaterial ein Ende machen und den Handel mit Waffen und Munition unter internationale Kontrolle stellen."

## ◆ Rundschau ◆

**Das Geschäftsjahr 1926 der Volksfürsorge.** Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Hamburg 5, unterbreitet der Öffentlichkeit ihren Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1926. Vorweg sei gesagt, daß für die Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeitnehmerschaft das Berichtsjahr ein Jahr des Erfolges gewesen ist. In dem Bericht des Vorstandes heißt es:

„Der Erfolg des Jahres 1926 hinsichtlich der Antragsproduktion ist auch darum besonders hoch zu werten, weil auf dem Gebiete des Versicherungswesens ein recht rühriges, allerdings nicht immer erfreulich anmutendes Leben herrscht. Es gibt wohl kaum ein Wirtschaftsgebiet, auf dem so viele Berufene und, was noch mehr besagen will, Unberufene sich zu überbieten trachten. Das Interessante an dieser Erscheinung für die Volksfürsorge ist, daß ihre Konkurrenz viel weniger bei den privaten Lebensversicherungsgesellschaften Deutschlands zu suchen ist, als in den unzähligen alten und immer noch wieder neu auftauchenden Sterbekassen, Begräbnisvereinen mit anhängender Versicherung, der Abonnementversicherung und ähnlichen. Man kann in dieser Beziehung wirklich von einer krankhaften Entartung des Versicherungswesens sprechen. Daß diese Sterbekassen usw. nicht nur in Arbeiterkreisen mit einem gewissen Erfolg wirken, sondern daß auch aus Arbeiterkreisen, Gewerkschaften usw. selbst heraus derartige Konkurrenzunternehmen der Volksfürsorge erwachsen, ist eine besonders betrübliche Erscheinung und hat bereitet, daß unser an sich großer Erfolg noch bedeutsamer geworden ist. Abgesehen hiervon können wir aber zu unserer Genugtuung konstatieren, daß die Volksfürsorge in den Kreisen der Gewerkschafter und Genossenschaftler und ihrer Organisationen immer mehr an Ansehen gewinnt, eine Erscheinung, die angesichts der verschiedenen Kongressbeschlüsse ja auch selbstverständlich sein mußte.“

Es gingen im Jahre 1926 insgesamt 251 371 Versicherungsanträge ein. Ende 1926 hatte die Volksfürsorge einen Versicherungsbestand von 733 738 Versicherungen mit 246 713 017 RM. Versicherungssumme. Die Prämieinnahme betrug 11 455 277,11 RM., die Einnahme aus Zinsen und Mieten 1 246 837,76 RM. Für Regulierungsfälle sind 757 725,41 RM. ausgezahlt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Ueberfluß von 2 529 785,65 RM. Dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat folgend, beschloß die Generalversammlung, nach Zuweisungen an die notwendigen Reserven auf die für die Gewinnverteilung in Betracht kommende Jahresprämie 25 v. H. in der Volks- und Lebensversicherung zu verteilen. Das bedeutet eine ganz beträchtliche Erhöhung der tarifmäßigen Versicherungssumme. 25 000 RM. dienen der Verzinsung des von den Gewerkschaften und Genossenschaften aufgebrauchten Aktienkapitals, das 500 000 RM. beträgt und nur mit höchstens 5 Proz. verzinst werden darf. Die Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1926 schließt in Aktiva und Passiva mit 22 583 264,80 RM. ab. Einige Positionen daraus seien noch erwähnt: Die Volksfürsorge verfügt über einen Grundbesitz im Wert von 1 376 195,46 RM. Die Hypotheken, die den wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeitnehmerschaft gewährt wurden, machen eine Summe von 12 745 805,25 RM. aus. An Wertpapieren und Kommunalanleihen finden wir einen Betrag von 3 871 782,50 RM. Insgesamt beläuft sich das wirkliche Vermögen der Gesellschaft auf knapp 20 Millionen Reichsmark. Unter den Aktiven stehen Aufwertungsforderungen an die früheren Hypotheken- und Darlehensschuldner in Höhe von 1 535 436,76 RM. und unter den Passiven ein Aufwertungsfonds (Aufwertungsstock) in gleicher Höhe. Dem letzteren werden nach dem aufgestellten Verteilungsplan die Aufwertungsbeträge für die für die Aufwertung in Frage kommenden Papiermarkt-Versicherungen entnommen. Kann die Volksfürsorge mit ihrer Entwicklung im Jahre 1926 durchaus zufrieden sein, so besteht heute schon die Aussicht, daß die Ergebnisse des laufenden Jahres noch besser werden. So steht die Volksfürsorge als ein in allen Teilen gefestigtes und gesichertes Unternehmen da und ist trotz aller Anfeindungen und Bekämpfungen eine große und leistungsfähige Versicherungsgesellschaft geworden.

**Steigende Bedeutung der Aussperrungen bei den Arbeitskämpfen.** Die veränderten Organisationsverhältnisse im Lager der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber machen ihre Wirkungen auf die Streiks und Aussperrungen geltend. Infolge strafferer Zusammenfassung von zentraler Stelle aus werden die Arbeitskämpfe zwar vorsichtiger eingeleitet, sind aber hartnäckiger und können länger durchgehalten werden als vor dem Krieg. Ein wichtiger Zug der neuen Entwicklung ist aber, daß es den Unternehmern in wenigen Jahren gelang, starke Organisationen zu schaffen, die den Gewerkschaften an Einheitlichkeit der Leitung und an Mitteln vielfach überlegen sind. Hieraus erklärt sich der steigende Anteil der Aussperrungen an den Arbeitskämpfen, der sich in den letzten Jahren deutlich beobachten läßt. Im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1913 wurden von den Streiks jährlich 406 043 Arbeiter betroffen, von Aussperrungen 104 601, das heißt auf je vier Streikende entfiel ein Ausgesperrter. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug im Durchschnitt 1899 bis 1913 bei Streiks 5 633 023, bei Aussperrungen 2 804 173. Die Inflationszeit mit ihren besonderen Verhältnissen, mit der künstlich gezüchteten Hochkonjunktur und den stets zurückgebliebenen Löhnen kann zur Beurteilung der Entwicklung nicht herangezogen werden, weil in dieser Periode allein die Arbeitnehmer Veranlassung zu Arbeitskämpfen hatten. Trotzdem war in den Jahren 1921 und 1922 die Zahl der Ausgesperrten und der dadurch verlorenen Arbeitstage erheblich höher als vor dem Krieg. Im ersten Stabilisierungsjahr 1924 hatten die Aussperrungen zum ersten Male einen größeren Anteil an den Arbeitskämpfen als die Streiks, sowohl was die Zahl der Ausgesperrten wie die verlorenen Arbeitstage anbelangt. In diesem Jahr wurden von Streiks 969 956 Arbeiter, von Aussperrungen 1 096 378 Arbeiter betroffen, durch Streiks gingen 13 427 296 Arbeitstage, durch Aussperrungen dagegen 22 770 592 Arbeitstage verloren — ein Ausdruck dafür, daß die Aussperrungen durchschnittlich länger als die Streiks dauerten. 1925 streikten 795 864 Arbeiter, ausgesperrt wurden 229 936. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug in diesem Jahr 11 259 064 beziehungsweise 5 845 798. Auch in diesem Jahr zeigt sich, wenn auch in geringerem Umfang, die erhöhte Bedeutung der Aussperrungen gegenüber der Vorkriegszeit. Im Jahre 1926 waren die Arbeitskämpfe infolge der Wirtschaftskrise weniger häufig. Die finanzielle Schwäche sowohl der Gewerkschaften als auch der Großunternehmungen stand den Arbeitskämpfen hindernd im Wege. In diesem Jahr waren von Streiks nur 84 759, von Aussperrungen 45 813 Arbeiter betroffen, die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 885 908 bei Streiks, 513 269 bei Aussperrungen, das heißt es entfiel fast die Hälfte der Personen und fast zwei Drittel der verlorenen Arbeitstage auf Aussperrungen. Besonders stark tritt aber die hier geschilderte Entwicklung im laufenden Jahr in Erscheinung, wo im ersten Vierteljahr sowohl die Streiks wie die Aussperrungen im Vergleich zum vierten Vierteljahr 1926 eine Zunahme erfuhr. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage ist bei den Streiks von 156 000 im letzten Viertel 1926 auf 260 600 im ersten Viertel 1927, bei den Aussperrungen dagegen von 171 000 auf 778 000 gestiegen. Das heißt im ersten Vierteljahr 1927 gingen durch Aussperrungen dreimal soviel Arbeitstage als durch Streiks verloren. Bei den Aussperrungen des laufenden Jahres spielte der Kampf um die Arbeitszeit eine ausschlaggebende Rolle.

**Verlorene Stunden.** Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Arbeitskämpfe wurden in Deutschland im Jahre 1925 1 760 Millionen Stunden verloren und im Jahre 1926 gar 5 788 Millionen Stunden. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Konjunkturforschung. Das ist ein großer Verlust an Werten, den die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit sich bringt. Aber bei einer Besserung der Wirtschaftslage nimmt die Zahl dieser verlorenen Stunden ab. Was jedoch auch dann noch bleibt, das ist der Verlust der freien Stunden der arbeitenden Menschen. Große Massen sind täglich stundenlang zwischen Wohnung und Arbeitsstätte unterwegs. Nicht nur in Großbetrieben, wo die Wirtschaft Massen zu einer Arbeitsstätte zwingt. Auch in kleineren Betrieben, denn in Baden sind  $\frac{1}{4}$  der Betriebe Kleinbetriebe und doch wohnen nach der neuesten Zählung, die das Badische Statistische Landesamt bekanntgibt, allein in Baden 100 000 Arbeiter in einem anderen Orte als in dem Orte der Arbeit, so daß sie täglich zweimal vom einen Orte zum anderen zu wandern haben. Rechnen wir täglich im ganzen durchschnittlich nur 2 Stunden für den Weg, so macht das für diese 100 000 wandernden badischen Arbeiter allein im Jahre rund 60 Millionen Stunden, und wieviele Millionen für die Arbeiter Deutschlands? Millionen und aber Millionen von Stunden der freien Zeit werden vergeudet statt von Kulturgehalt erfüllt zu sein, nur weil der Kapitalismus auch in diesem Wohnbedürfnis der Masse seine eigenen Wege ging. Nicht nur Millionen von Stunden, die ökonomisch produktiv erfüllt sein müßten, werden vergeudet, auch Millionen von Stunden der freien Kulturgebung werden verschwendet. Rationalisierung, die viel gepriesene, nur, wo sie kapitalistischen Interessen dienlich ist. Im übrigen ist das Prinzip des Lebensverschwendung, wahnsinnige Verschwendung — auf Kosten des Volkes.